

Armut und Reichtum in Tirol

Wien, Februar 2009

INHALT:

Was ist „Armutgefährdung“ und „Armut“	3
Armutgefährdung und Armut in Tirol.....	6
Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutgefährdung und Armut.....	6
Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutgefährdung und Armut.....	11
Bildung verringert das Armutrisiko	12
Rund 21.200 PensionistInnen in Tirol weiterhin armutgefährdet	14
„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutrisiko.....	16
Über 21.700 armutgefährdete MigrantInnen	18
Kleine Kinder erhöhen das Armutrisiko deutlich.....	19
Geringe soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt	21
Folgen von Armut für die Gesundheit	22
Folgen für die soziale und kulturelle Teilhabe.....	23
Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutgefährdung	24
Anstieg der Haushaltsausgaben.....	26
Hohe Wohnkosten in Tirol	27
Verschuldung erhöht Armutgefährdung stark.....	28
Reichtum nimmt auch in Tirol zu	29
Steuerpolitik wirkt als Verteilungsinstrument.....	38
Zusammenfassung.....	47
Quellenverzeichnis	50

Was ist „Armutsgefährdung“ und „Armut“

Wie es um Armut und Armutsgefährdung in Österreich steht, darüber gibt der „Bericht zur sozialen Lage“ des Sozialministeriums Auskunft.¹ Dieser wiederum stützt sich seit kurzem auf eine jährliche repräsentative Befragung österreichischer Haushalte (EU-SILC) durch die Statistik Austria.²

Armutsgefährdung wird über Einkommen definiert, weil dieses am einfachsten messbar ist. Menschen mit weniger als 60% des Medianeinkommens werden als armutsgefährdet bezeichnet. Armutsgefährdet waren demnach zuletzt (2006) in Österreich Menschen, die folgende Nettoeinkommen nicht erreichten:

Armutsgefährdungsschwellen für unterschiedliche Haushaltstypen 2006³

Haushaltstyp	Jahreswert netto in Euro	Monatswert netto in Euro	Jahreswert durch 14
Einpersonenhaushalt	10.711	893	765
1 Erwachsener und 1 Kind	13.924	1.160	995
2 Erwachsene	16.067	1.339	1.148
2 Erwachsener und 1 Kind	19.280	1.607	1.377
2 Erwachsener und 2 Kinder	22.493	1.874	1.607
2 Erwachsener und 3 Kinder	25.706	2.142	1.836

Auskunft darüber, in welcher Intensität Menschen von Einkommensarmut betroffen sind, gibt die **Armutsgefährdungslücke**. Diese kann „als Differenz zwischen dem Medianeinkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle“⁴ (in Prozent) interpretiert werden. Demnach lag das Einkommen der armutsgefährdeten ÖsterreicherInnen im Jahr 2006 durchschnittlich um 15,5% unter dem Schwellenwert von 60% des Medianeinkommens. Bei armutsgefährdeten Einpersonenhaushalten lag das Durchschnittseinkommen also de facto bei 647 Euro netto (mal 14), zwei Erwachsene mit einem Kind mussten mit durchschnittlich 1.164 Euro netto im Monat auskommen.

Mit dieser rein einkommensorientierten Sichtweise wird allerdings nicht das tatsächliche Ausmaß von Armut erfasst. Vor allem Ausgaben, finanzielle Belastungen, individuelle Lebenslagen und Kostenstrukturen, aber auch verminderte Verwirklichungschancen werden dabei nicht berücksichtigt, was als Schwäche dieser rein einkommensbezogenen Definition von Armutsgefährdung kritisiert wird. Einerseits haben zahlreiche Menschen, die rein aufgrund ihres Einkommens als nicht armutsgefährdet eingestuft werden, aufgrund ihrer Lebenshaltungskosten Benachteiligungen und Probleme. Um prekäre Lebenslagen und soziale

¹ der letzte „Bericht zur sozialen Lage 2007/2008“ erschien im Jänner 2009

² zuletzt erschienen: Statistik Austria, Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2006 (EU-SILC), Wien, März 2007

³ ebenda, S.33

⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.32

Teilhabechancen zu beurteilen, werden daher immer häufiger auch nichtmonetäre Indikatoren einbezogen. **Deprivation** wird die mangelnde Teilhabe an zentralen Bereichen der Lebensführung (primäre Benachteiligung), bei der Ausstattung mit Konsumgütern (sekundäre Benachteiligung) sowie bei Gesundheit, Wohnen und Wohnumfeld definiert. Treffen Einkommensarmut und Deprivation in zumindest einem dieser fünf Bereiche zusammen, wird von **manifestem Armut** gesprochen. Bei 459.000 (der mehr als 1 Mio. armutsgefährdeten Menschen in Österreich bzw. 5,7% der Bevölkerung) zeigte sich 2006 neben dem unzureichenden Einkommen (Armutsgefährdung) also zusätzlich Deprivation.⁵

Primäre Benachteiligung der Lebensführung ist das Unvermögen, sich grundlegende Dinge leisten zu können und das Auftreten von zumindest drei der folgenden Probleme: Der Haushalt kann es sich nicht leisten, einmal im Jahr Urlaub zu machen, die Wohnung angemessen warm zu halten, bei Bedarf neue Kleider zu kaufen, Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Speise jeden zweiten Tag zu essen, unerwartet anfallende Ausgaben zu tätigen, oder der Haushalt ist mit Zahlungen im Rückstand.

So lebten zuletzt (2006) in Österreich 2,1 Mio. Menschen (ein Viertel der Bevölkerung) in Haushalten, die sich keinen Urlaub leisten können. Ebenfalls 2,1 Mio. ÖsterreicherInnen lebten in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben tätigen können. Hier zeigt sich, dass weit mehr Menschen als die „Armutsgefährdeten“ von mangelnder Teilhabe an zentralen Bereichen der Lebensführung betroffen sind. 758.000 konnten es sich nicht leisten, jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch zu essen, 396.000 konnten sich keine neuen Kleider kaufen. 313.000 konnten aus finanziellen Gründen die Wohnung nicht angemessen warm halten und 284.000 ÖsterreicherInnen waren 2006 mit Zahlungen im Rückstand, um 52.000 Menschen mehr als ein Jahr zuvor.⁶

Sekundäre Benachteiligung der Lebensführung bedeutet der erzwungene Verzicht auf als erstrebenswert geltende Güter; wenn zumindest drei der folgenden Gebrauchsgüter im Haushalt aus finanziellen Gründen nicht angeschafft werden können: PC, Handy, Internet-Anschluss, DVD-Player, Geschirrspülmaschine, PKW.

Mangelnde Teilhabe im Bereich Gesundheit bedeutet, wenn zumindest zwei der folgenden Probleme auftreten: ein sehr schlechter Gesundheitszustand, durch eine Behinderung stark beeinträchtigt, eine chronische Krankheit.

Wohnungsprobleme bedeutet, wenn zumindest zwei der folgenden Probleme auftreten: kein Bad/Dusche oder kein WC in der Wohnung, Schimmel oder Feuchtigkeit, dunkle Räume, keine Waschmaschine.

⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S 45

⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 124

Und Umwelt/Wohnumfeldprobleme bedeutet, wenn zumindest zwei der folgenden Probleme auftreten: Probleme in der Wohngegend durch Lärmbelästigung, Luft- oder Wasserverschmutzung durch Verkehr oder Industrie, Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus.

Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Österreich stieg – wie aus den Sozialberichten hervorgeht - von 11% im Jahr 1999 auf 12% im Jahr 2001 und auf 13,2% im Jahr 2003. 2004 und 2005 sank sie geringfügig auf 12,8 bzw. 12,3%, um 2006 wieder auf 12,6% zu steigen. Mit dieser Armutsgefährdungsquote lag Österreich 2006 im europäischen Vergleich relativ gut. Am geringsten ist die Armutsgefährdungsquote in Staaten mit ausgeprägten öffentlichen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wie Norwegen, Island und den Niederlanden (mit Quoten unter und um 10 bzw. 11%). Am höchsten sind die Armutsgefährdungsquoten in Südeuropa sowie Großbritannien und Irland und einigen der neuen EU-Beitrittsländer (mit Werten um die 20%).⁷

Aus den Veränderungen der Armutsgefährdungsquote in Österreich während der letzten Jahre kann nicht auf eine tatsächliche Veränderung der Armutsgefährdung geschlossen werden, denn „*die Veränderung gegenüber 2005 liegt im Bereich der statistischen Zufallschwankung*“, sagt der Bericht der Statistik Austria.⁸ Der Sozialbericht 2003/2004 räumte aber ein, dass „*steigende Arbeitslosenzahlen seit 2000 und der Anstieg von Sozialhilfebezieher/innen ein Hinweis auf eine mögliche Zunahme von Armutsgefährdung und Einkommensverlust für die unteren Einkommenschichten in Österreich*“ sein könnten bzw. ergänzende Daten zu Sozialhilfe, Wohnungs- und Arbeitslosigkeit notwendig seien, was u.a. mit dieser Arbeit versucht wird.⁹

Tatsächlich stieg die Zahl der arbeitslosen Menschen¹⁰ in Österreich in den letzten Jahren zuerst von 232.418 im Jahr 2002 auf 252.654 im Jahr 2005, nahm aber in den beiden Folgejahren auf 222.248 im Jahr 2007 ab.¹¹ 2009 ist ein starker Anstieg zu erwarten. Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen erhöhte sich in Österreich von 148.983 Personen im Jahr 2001 sogar auf 191.244 im Jahr 2006 – eine Zunahme um mehr als 42.000 Personen.¹²

Überdurchschnittlich hoch ist Armutsgefährdung unter Menschen mit maximal Pflichtschulabschluss, Menschen mit keiner oder nur teilweiser Erwerbstätigkeit, weiters bei AlleinerzieherInnen, Familien mit drei und mehr Kindern, bei alleinstehenden PensionistInnen und unter MigrantInnen. Noch höher (30 und mehr %) ist die Armutsgefährdung bei arbeitslosen Menschen und MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten. Am höchsten ist die Armutsgefährdung bei Menschen, die von Sozialleistungen leben (45% aller solcher Haushalte) sowie bei Langzeit-

⁷ epp.eurostat.ec.europa.eu/

⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 15

⁹ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.215

¹⁰ Verwendet werden immer die Arbeitslosenzahlen im Jahresdurchschnitt

¹¹ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

¹² Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 2006

arbeitslosen (40% bei Arbeitslosigkeit bis zu 6 Monaten, und sogar 52% bei Arbeitslosigkeit länger als 6 Monate).¹³

Armutsgefährdung und Armut in Tirol

Die Untersuchung „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen (EU-SILC)“ der Statistik Austria weist seit 2004 bundesländerweise Armutsgefährdungsquoten aus. Demnach waren in Tirol 2004 11,0% (72.000 Menschen)¹⁴ und 2005 14,0% der Bevölkerung oder 95.000 Menschen armutsgefährdet¹⁵, wobei eine gewisse statistische Schwankungsbreite berücksichtigt werden muss. So ist auch das Sinken der Armutsgefährdung in Tirol auf 10,0% oder 70.000 Menschen im Jahr 2006 zu sehen. Mit 10,0% wäre die Armutsgefährdungsquote in Tirol 2006 die zweitniedrigste aller Bundesländer.¹⁶

Auch die Armutsgefährdungslücke war in Tirol zuletzt (2006) mit 14% im Bundesländerschnitt (von 15%). Ein armutsgefährdeter Einpersonenhaushalt hatte demnach ein Einkommen von durchschnittlich rund 768 Euro monatlich zur Verfügung.

Wie in Österreich ist auch in Tirol die Zahl arbeitsloser Menschen bis zum Jahr 2005 auf 17.400 Personen angestiegen. In den letzten Jahren ist sie wieder leicht zurückgegangen, auf 16.400 Personen im Jahr 2008.¹⁷ Damit ist der Rückgang zwischen 2005 und 2008 mit 6% jedoch deutlich geringer als im österreichweiten Durchschnitt (-16%). Tirol lag mit einer Arbeitslosenquote von 6,0% im Jahr 2008 leicht unter dem österreichischen Durchschnitt von 6,9%. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg in Tirol, in den letzten 5 Jahren, ebenfalls von 10.767 Personen 2001 auf 14.141 Personen im Jahr 2006.¹⁸ Tirol verzeichnete damit – mit plus 41% - den höchsten Anstieg aller Bundesländer.

Erwerbsarbeit schützt immer weniger vor Armutsgefährdung und Armut

Bezahlte Erwerbsarbeit galt bislang als guter Schutz vor Armutsgefährdung und Armut, wobei das nicht nur für die Erwerbstätigen selbst gilt, sondern auch für deren Haushaltsangehörige. In Haushalten mit Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdungsquote in Österreich zuletzt (2006) durchschnittlich nur 7% und damit nur halb so viel wie der Durchschnitt.

Die **Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte** hat in Österreich aber deutlich zugenommen. 1999 betrug die Armutsgefährdungsquote der Erwerbstätigenhaushalte nur 6%,

¹³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.140 ff.

¹⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S.29

¹⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.32

¹⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 31

¹⁷ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

¹⁸ www.statistik.at

2006 kaum verändert 7%; in Haushalten mit nur teilweiser Erwerbstätigkeit betrug sie 1999 8%, 2006 aber bereits 15%. Und in Haushalten ohne Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdung 1999 25%, 2006 aber bereits 32%. Nur in Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit blieb die Armutsgefährdungsquote seit 1999 mit 4% unverändert.¹⁹ Neben der Intensität der Erwerbsbeteiligung eines Haushaltes entscheiden auch Qualität und Ausmaß der Erwerbstätigkeit über das Armutsrisiko.

In den letzten Jahren wird jedoch eine neue Entwicklung zunehmend zum Problem: es gibt immer mehr Menschen, die als „**working poor**“ bezeichnet werden. Es sind Personen, „*die aktuell erwerbstätig und zwischen 20 und 64 Jahre alt sind und deren Haushaltseinkommen (als Summe aller Erwerbs- und sonstiger Einkommen bezogen auf Haushaltsgröße und Altersstruktur – das heißt äquivalisiert) unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt*“.²⁰

Vor allem **die neuen Erwerbsformen** (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganzzähriger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, **haben die Armutsgefährdung stark erhöht**. „*Beschäftigungen, die weniger als 12 Monate im Jahr andauern, und Arbeitsverhältnisse mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz (freie Dienst- oder Werkverträge) sind im überdurchschnittlichen Ausmaß mit Haushaltseinkommen unter den Armutsgefährdungsschwellen verbunden. (...) In Anbetracht der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, weg von „Normalarbeitsverhältnissen“ hin zu weniger stark reglementierten, sozialversicherungslosen und diskontinuierlichen Beschäftigungen, werden immer mehr Menschen in Zukunft von derartigen prekären Arbeitsverhältnissen abhängig und dies kann das Risiko steigern, zumindest zeitweilig unter die Einkommensgefährdungsschwellen zu rutschen. Und das auch, weil diese Beschäftigungsformen keinen Anspruch auf bestimmte Leistungen der sozialen Absicherung in Österreich zur Folge haben*“, stellte bereits der Sozialbericht 2003/2004 fest.²¹

Die Untersuchung „EU-SILC 2004“ widmete dem Thema „Armutgefährdung trotz Arbeit“ erstmals ein ganzes Kapitel²² und stellte u.a. fest: „*Aus unregelmäßigen Beschäftigungen entstehen nicht nur direkte Einkommensnachteile, sie sind oft auch mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz verbunden und führen vor allem auch längerfristig zu finanziellen Nachteilen (geringerer oder kein Pensionsanspruch, keine Sonderzahlungen, teurere Selbstversicherung...)*“.²³

Auch die Untersuchung im Jahr 2006 widmete sich diesem Thema. 7% oder 230.000 erwerbstätige Personen waren 2006 in Österreich trotz eines Erwerbseinkommens armutsge-

¹⁹ vgl. dazu auch BMSK: Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.192

²⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.35

²¹ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.218

²² Statistik Austria: EU-SILC 2004, S.45-51

²³ Statistik Austria: EU-SILC 2004, S.46 und 48

fährdet. Von allen Armutsgefährdeten im Erwerbsalter sind also fast die Hälfte (41%) erwerbstätig.²⁴ Vor allem in Haushalten mit prekären Beschäftigungsverhältnissen steigt die Armutsgefährdung sprunghaft an, bei Teilzeitbeschäftigung beträgt das Armutsgefährdungsrisiko 24%. Am häufigsten sind prekäre Arbeitsverhältnisse in Österreich unter Frauen bis 40 und bei Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen. In Österreich stellen Frauen insgesamt etwa 60% der prekär Beschäftigten.²⁵

Die Erwerbsquote lag in Tirol zuletzt (2007) mit 78,9% nur geringfügig über dem österreichischen Durchschnitt (78,7%). Bei den Männern betrug sie 85,4% (Ö: 82,6%), bei Frauen allerdings nur 71,9% (Ö: 74,3%), womit sie bei Männern deutlich über, bei Frauen dagegen deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt lag.²⁶

Die Zahl der ganzjährigen Vollzeitbeschäftigten ist in Tirol 2007 gegenüber den Jahren davor zwar leicht gestiegen (plus 1.110 oder 0,6% im Jahr 2007), in Relation stärker gewachsen ist mit plus 5,5% jedoch die Zahl der Teilzeitbeschäftigten (plus 2.963 von 2006 auf 2007). 2007 waren in Tirol nur mehr 52% aller Beschäftigungsverhältnisse (172.174 von 334.134) „Normalarbeitsplätze“, d.h. dass ganzjährige Vollzeitbeschäftigten ausgeübt wurde. Dieser Wert liegt dabei noch unter jenem für Österreich, denn insgesamt sind in Österreich noch 57% aller Beschäftigungsverhältnisse „Normalarbeitsplätze“. Einkommen aus Normalarbeitsplätzen verringern das Armutsrisiko deutlich.

Dieser Strukturwandel weg von Normalarbeitsplätzen ist für die Betroffenen in der Regel mit einer Halbierung des Einkommens verbunden: Teilzeitbeschäftigte verdienen in Tirol nur etwa 49% eines Vollzeitbeschäftigten.

Nettoerwerbseinkommen von ArbeitnehmerInnen in Tirol in Euro 2006 und 2007²⁷

	Anzahl		durchschnittliches Nettojahreseinkommen		:14	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007
Männer						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	113.697	114.237	25.712	26.327	1.837	1.881
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	8.286	8.772	13.797	15.293	986	1.092
nicht ganzjährig beschäftigt	55.182	53.847	8.783	8.721		
Frauen:						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	57.367	57.937	19.276	19.783	1.377	1.413
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	45.605	48.082	10.882	11.095	777	793
nicht ganzjährig beschäftigt	50.917	51.259	5.558	5.618		
gesamt:						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	171.064	172.174	23.554	24.125	1.682	1.723
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	53.891	56.854	11.189	11.742	799	839
nicht ganzjährig beschäftigt	106.099	105.106	7.235	7.208	517	515
	331.054	334.134				

²⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.34

²⁵ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.38

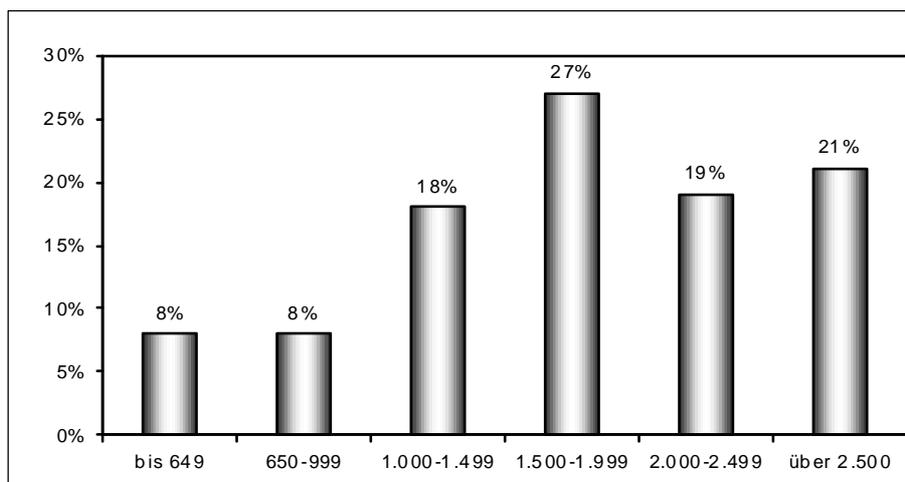
²⁶ AMS – Arbeitsmarktpprofil 2007 - Tirol

²⁷ vgl. Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2006 und 2007

Etwa 105.106 (31%) der Beschäftigungsverhältnisse in Tirol waren 2007 nicht ganzjährig. Das durchschnittliche Erwerbseinkommen lag 2007 dabei deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle. In diese Gruppe fallen vor allem Saisonarbeitskräfte und zeitweilig arbeitslose Menschen. Weil nicht ganzjährig Beschäftigte also neben dem Erwerbseinkommen meist ein Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe in der nicht erwerbstätigen Zeit beziehen, erhöht sich deren Jahreseinkommen durch Sozialversicherungs- und Sozialleistungen und übersteigt – allerdings überwiegend nur bei Männern – die Armutsgefährdungsgrenze. Die Armutsgefährdungsquote in dieser Gruppe liegt in Österreich dennoch überdurchschnittlich hoch bei 16%. Auf Tirol umgerechnet waren 2007 rund 16.800 Personen armutsgefährdet, weil sie nicht ganzjährig beschäftigt waren. Bei Erwerbstätigkeiten unter 12 Wochenstunden ist in Österreich sogar jede/r 5. armutsgefährdet.

EU-SILC weist für Tirol im Jahr 2006 aus, dass 16% der (etwa 244.000 unselbständig) Erwerbstätigen in Tirol ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro brutto im Monat hatten und damit an bzw. unter der Armutsgefährdungsschwelle lebten. In Tirol sind rund 36.000 unselbständig Erwerbstätige trotz Berufstätigkeit armutsgefährdet („working poor“).

Verteilung der Erwerbseinkommen (brutto monatlich in Euro) in Tirol 2006²⁸



Die Intensität der Erwerbsbeteiligung eines gesamten Haushaltes steht ebenfalls in direktem Zusammenhang damit, wie hoch dessen Armutsrisiko ist. Ebenfalls entscheidend sind Qualität und Ausmaß der Erwerbstätigkeit.

Diese Entwicklung steht teilweise damit im Zusammenhang, dass der Anteil der Arbeitnehmer/innen-Entgelte am Bruttoinlandsprodukt seit den späten 1970er Jahren kontinuierlich abnimmt, während der Anteil der Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse zunimmt, mit anderen Worten eine **Verteilung der Wertschöpfung zu Lasten der Arbeitnehmer/innen im Gange** ist. 1978 betrug der Anteil der Arbeitnehmer/innen-Entgelte am

²⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.153

BIP noch über 57%, 2006 nur mehr 48,5%. Der Anteil der Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüssen am BIP stieg dagegen im gleichen Zeitraum von 30,6 auf 40,9%.

Auch die **berufliche Stellung** entscheidet über Einkommen und Armutsgefährdung. Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen haben unter den Erwerbstätigen das höchste Armutsrisiko. Personen, die hochqualifizierte Tätigkeiten ausüben, das geringste.

Zwischen **Frauen und Männern** zeigt sich weiterhin ein deutlicher **Einkommensunterschied**. Hierbei spielen viele Faktoren eine Rolle. Frauen sind beispielsweise stärker in den niedrigeren und schwächer in den höheren Berufspositionen vertreten. Aber selbst bei Frauen und Männern in ähnlichen beruflichen Positionen gibt es erhebliche Einkommensunterschiede.²⁹ Obwohl im Jahr 2007 54% der ArbeitnehmerInnen in Tirol Männer und 46% Frauen waren, erhielten die Männer 67% sämtlicher Arbeitnehmer-Bruttobezüge, die Frauen dagegen nur 32%, was in etwa dem österreichischen Durchschnitt entspricht.³⁰

Eine wesentliche Ursache für die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen ist weiters, dass erwerbstätige **Frauen**, bedingt durch ihre **Aufgaben in der Familie** (Kinderbetreuung, Haushalt, Pflege von Angehörigen usw.) wesentlich öfter nur geringfügig- oder teilzeitbeschäftigt sind als Männer. Im Jahr 2007 waren in Tirol 73% aller geringfügig Beschäftigten Frauen (17.472 von 23.789)³¹. Mit steigender **Kinderzahl** wird der Arbeitsplatz häufig zu Gunsten von Haushalt und Betreuungsaufgaben aufgegeben. Bei Männern im Erwerbsalter hingegen liegt die Erwerbsbeteiligung unabhängig von der Zahl der Kinder bei 80%. Da die Erwerbsbeteiligung der Männer generell hoch ist, hängen die Haushaltserwerbsintensität und damit auch das Ausmaß der Armutsgefährdung in hohem Maße davon ab, ob von der Frau ein (zusätzliches) Einkommen erwirtschaftet wird. Wenn die Frau erwerbstätig ist, reduziert sich das Armutsrisiko um die Hälfte oder mehr gegenüber jenen Haushalten, in denen eine Frau im Erwerbsalter keiner Erwerbstätigkeit nachgeht. Entscheidend für die Erwerbstätigkeit der Frauen ist auch das **Alter des jüngsten Kindes** im Haushalt bzw. das Angebot an bedarfsorientierten Kinderbetreuungseinrichtungen.³²

Neben Alter und Geschlecht hat die **Bildung** den größten Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung. Personen mit geringer Qualifikation haben auf dem Arbeitsmarkt deutliche Nachteile: Von den Männern mit höchstens Pflichtschulabschluss sind in Österreich knapp zwei Drittel erwerbstätig, bei höheren Bildungsabschlüssen sind es etwa 80%.³³ Mehr dazu im Abschnitt zur Bildung.

²⁹ vgl. dazu: ÖGPP: Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich 2004, S.11

³⁰ vgl. Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, eigene Berechnung

³¹ <http://www.sozialversicherung.at>

³² mehr dazu im Abschnitt „Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko“

³³ mehr dazu im Abschnitt „Bildung verringert das Armutsrisiko“

Auch **Selbständige** sind nicht vor Armut geschützt, auch wenn ihr durchschnittliches Armutsgefährdungsrisiko mit etwa 9% unter dem Durchschnitt liegt.³⁴ In Tirol gab es zuletzt (2005) etwa 29.600 Menschen, die ausschließlich selbständig erwerbstätig waren.³⁵ Etwa 2.660 davon waren armutsgefährdet.

Arbeitslosigkeit bedeutet häufig Armutsgefährdung und Armut

Der Verlust der Erwerbsarbeit erhöht schlagartig das Armutsrisiko. Die Armutsgefährdungsquote ist in Haushalten mit einer oder mehreren arbeitslosen Personen überdurchschnittlich hoch. Die **Armutsgefährdungsquote steigt** bei Haushalten mit einem Arbeitslosen **deutlich** - auf 33% - an. Lebt ein Langzeitarbeitsloser im Haushalt, sind sogar 40% dieser Haushalte in Österreich armutsgefährdet.³⁶ Diese Personengruppe weist gemeinsam mit Personen in Ausbildung auch die größte Lücke zwischen ihrem tatsächlichen Einkommen und der Armutsgefährdungsschwelle auf.

Im Jahr 2008 waren in Tirol durchschnittlich 16.397 Menschen arbeitslos. Tirol lag mit einer Arbeitslosenquote von 5,2% leicht unter dem österreichischen Durchschnitt (5,8%).³⁷ Geht man von einer durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit kurzzeitarbeitslosen (11%) und langzeitarbeitslosen (40%) Personen aus³⁸, so ist anzunehmen, dass in Tirol im Jahresdurchschnitt 2007 dennoch mindestens 1.905 Haushalte aufgrund von eigener Arbeitslosigkeit oder solcher von Familienmitgliedern armutsgefährdet waren.

Die Situation der Betroffenen wird außerdem erschwert, weil sowohl das durchschnittliche Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe in Tirol (aber auch in Österreich insgesamt) unter der Armutsgefährdungsgrenze liegen.

Das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld lag bei Männern 2007 bis zu 65 Euro, bei arbeitslosen Frauen bis zu 224 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle von 2006 und damit im Bereich „erhöhter Armutsgefährdung“. Die Notstandshilfe lag sowohl bei Männern als auch bei Frauen noch deutlicher (um etwa 251 bis über 395 Euro) unter der Armutsgefährdungsschwelle. Entscheidend, ob es tatsächlich zu Armutsgefährdung und Armut kommt, ist – wie dargestellt –, ob zumindest zeitweise Erwerbsarbeit und –einkommen erlangt werden kann bzw. wie die Einkommenssituation und Kostenbelastung im Haushalt insgesamt aussieht.

³⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.140

³⁵ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2005, S.62f.

³⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.41

³⁷ AMS: Arbeitsmarktdaten (www.ams.at)

³⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.41

Durchschnittliche/s Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in Euro in Tirol 2007³⁹

	durchschnittliches tägliches Arbeitslosengeld	= monatlich	durchschnittliche tägliche Notstandshilfe	= monatlich
	in Euro			
Männer	27,60	828,00 - 855,60	21,40	642,00 - 663,40
Frauen	22,30	669,00 - 691,30	16,60	498,00 - 514,60
insgesamt	25,10	753,00 - 778,10	19,20	576,00 - 595,20

Im bundesweiten Vergleich zeigt sich, dass das Arbeitslosengeld der Männer in Tirol geringfügig über dem österreichischen Durchschnitt von 27,00 Euro pro Tag liegt, ebenso wie jenes der Frauen (der österreichische Durchschnitt liegt bei 22,10 Euro pro Tag). Auch bei der Notstandshilfe liegt der durchschnittliche tägliche Bezug bei Männern mit 21,40 Euro leicht über dem österreichischen Durchschnitt (21 Euro), bei Frauen dagegen mit 16,60 Euro etwas darunter (16,70 Euro).

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen aus dem Erwerbsleben setzen sich in der Arbeitslosigkeit fort. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld der Tiroler Arbeitnehmer war 2007 um 24% höher als jenes der Frauen. Die durchschnittliche Notstandshilfe der Männer war sogar um 29% höher als jene der Frauen.

Bildung verringert das Armutsrisiko

Bildung spielt eine große Rolle, welche Chancen Menschen am Arbeitsmarkt haben. Bildung hat – wie erwähnt – **große Wirkung auf die Erwerbsbeteiligung**. 82% der im Jahr 2007 arbeitslosen Menschen in Tirol hatten als höchsten Schulabschluss einen Lehrabschluss.⁴⁰ Bildung hat aber nicht nur Auswirkungen auf die Möglichkeiten am Arbeitsmarkt aktiv teilzunehmen, auch die **Höhe des Erwerbseinkommens wird maßgeblich durch Bildung beeinflusst**. Jede Form der weiterführenden Bildung verringert das Risiko von Einkommensarmut. Unter Menschen mit nur Pflichtschulabschluss ist die Armutsgefährdungsquote in Österreich mit 22% überdurchschnittlich hoch. Unter AbsolventInnen einer Lehre oder mittleren Schule beträgt sie 8%, bei MaturantInnen 10%. Bei AkademikerInnen ist die Armutsgefährdungsquote mit 6% unterdurchschnittlich.⁴¹

Tirol: 25% der erwerbstätigen Tirolerinnen und Tiroler über 15 Jahren (etwa 84.200 Menschen) hatten 2001 als höchste abgeschlossene Bildung einen Pflichtschulabschluss. 181.400 (54%) der Erwerbstätigen hatten zuletzt (2001) den Abschluss einer Lehre oder berufsbildenden mittleren Schule aufzuweisen. Knapp 34.000 (10%) der Erwerbstätigen hatten den Abschluss einer Allgemeinbildenden oder Berufsbildenden höheren Schule aufzuweisen.

³⁹ www.ams.at Arbeitsmarktdaten

⁴⁰ www.ams.at, Arbeitsmarktdaten

⁴¹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.139

Und etwa 34.400 (10%) hatten den Abschluss eines Kollegs, einer Akademie, Hochschule oder Universität.⁴² In Tirol gab es, im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, überdurchschnittlich viele Personen mit Pflichtschulabschluss. Der Anteil der Erwerbstätigen mit Abschluss einer Lehre oder Berufsbildenden mittleren Schule liegt im Bundesdurchschnitt. Dagegen liegt der Anteil der Personen mit Abschluss einer AHS oder BHS sowie jener mit höheren Abschlüssen leicht unter dem österreichischen Schnitt. Damit liegt das allgemeine Bildungsniveau in Tirol leicht unter dem österreichischen Schnitt.⁴³

44% aller Frauen in Tirol (ab 15 Jahren; sowohl erwerbstätige als auch nicht erwerbstätige), 125.000 Personen, hatten zuletzt (2001) als höchste abgeschlossene Bildung nur einen Pflichtschulabschluss, dagegen nur 30% (79.200) der Männer. Im Bereich der höheren Bildung liegt Tirol sowohl bei Männern (18,7%) als auch bei Frauen (15,6%) deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt von 17,8% bei Frauen und 20,1% bei Männern.⁴⁴ Im Bereich der höheren Bildung haben Frauen in Tirol aber aufgeholt: hatten noch 1991 nur 11,7% der Frauen Matura oder Hochschulabschluss (16,3% der Männer), so waren es 2001 bereits 15,6% der Frauen (18,7% der Männer).⁴⁵

Im Schuljahr 2006/07 lag der Anteil von SchülerInnen in mittleren, höheren und Hochschulen bei 55,3% aller SchülerInnen und Studierenden in Tirol und entsprach damit dem österreichischen Durchschnitt von 55,6%.⁴⁶

Bildung hat einen starken Einfluss auf das spätere Einkommen der Kinder. Das österreichische **Bildungssystem** ist noch immer **sozial selektiv** und **erschwert** Kindern aus bildungsfernen Haushalten den **Aufstieg**. „Die geringe Bildungsmobilität kann damit auch ein Indiz für eine Übertragung bzw. Reproduktion von Armut sein.“⁴⁷, so die Statistik Austria. 80% der 10- bis 14-Jährigen aus armutsgefährdeten Haushalten in Österreich besuchen eine Hauptschule. In nicht armutsgefährdeten Haushalten liegt dieser Anteil bei nur 63%. Nur jedes fünfte Kind aus einem armutsgefährdeten Haushalt hat die Möglichkeit, eine AHS zu besuchen, während 37% der Kinder aus nicht armutsgefährdeten Haushalten eine AHS besuchen können. Die Folge ist, dass 46% der Kinder aus Akademikerhaushalten selbst einen Universitätsabschluss erlangen, während nur 5% der Nachkommen bildungsferner Haushalte selbiges gelingt. Einfluss auf den späteren Bildungsabschluss hat auch die finanzielle Situation der Haushalte. Personen aus Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation verfügen zu 36% nur über einen Pflichtschulabschluss, während 7% einen Universitätsabschluss er-

⁴² vgl. Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, S.156

⁴³ Die Zahlen für Gesamtösterreich: Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung Pflichtschule 23%, Lehre oder berufsbildende mittlere Schule 54%, Erwerbstätige mit höchster abgeschlossener Ausbildung AHS/BHS 12% und darüber 11%.

⁴⁴ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Österreich, S.18

⁴⁵ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, S.18

⁴⁶ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2009, Kap. 4.09

⁴⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.61

langen. Umgekehrt ist die Lage bei finanziell sehr gut ausgestatteten Haushalten. Nur 7% erlangen hier ausschließlich einen Pflichtschulabschluss, über ein Viertel dagegen einen akademischen Grad.

Rund 21.200 PensionistInnen in Tirol weiterhin armutsgefährdet

Die Einkommensunterschiede aus dem aktiven Erwerbsleben finden ihre Fortsetzung in der Pension: Während die durchschnittliche Pension eines Arbeitnehmers in Tirol im Jahr 2007 jährlich 18.310 Euro netto (Österreich: 18.552) betrug (= ca. 1.308,- x 14), betrug die durchschnittliche Pension einer Arbeitnehmerin in Tirol im Jahr 2007 nur 11.910 Euro netto (= ca. 851,- x 14) (Österreich: 12.748).⁴⁸ Die durchschnittlichen Pensionen lagen damit in Tirol bei Frauen um ca. 7% und bei Männern um 1% unter dem österreichischen Durchschnitt.

Dieser Durchschnitt spiegelt allerdings nicht die große Bandbreite und Unterschiede der Pensionshöhen wieder. Der Hauptverband der Sozialversicherungen weist für 2007 die durchschnittliche monatliche Pension bei ArbeiterInnen in Österreich mit 995 Euro für Männer und 567 Euro für Frauen aus, bei Angestellten mit 1.736 Euro für Männer und 1.016 Euro für Frauen, bei Gewerbetreibenden mit 1.461 Euro für Männer und 913 Euro für Frauen und bei Bauern mit 958 Euro für Männer und 491 Euro für Frauen. Invaliditäts-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitspensionen hatten eine durchschnittliche Höhe von 863 Euro, Witwenpensionen von 575 Euro.⁴⁹ Und die Lohnsteuerstatistik 2007 weist die durchschnittliche monatliche Nettopension von BeamtInnen für Männer mit 1.873 Euro und für Frauen mit 1.554 Euro aus, von Vertragsbediensteten für Männer mit 1.093 Euro und für Frauen mit 760 Euro.⁵⁰

Im Dezember 2007 hatten 15,9% der PensionistInnen in Tirol (21.163 Personen) eine so niedrige Eigenpension, dass sie eine Ausgleichszulage (in einer durchschnittlichen Höhe von 288 Euro pro Monat⁵¹) bekamen.⁵² Die Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes (für Einzelpersonen) betrug 2007 726 Euro für Alleinstehende und 1.091 Euro für Ehepaare monatlich, 2008 747 Euro für Einzelpersonen und 1.120 Euro für Ehepaare, was allerdings nur den Armutsgefährdungsschwellen der Jahre 2004 und 2005 entsprach. Die Höhe dieser Pensionen mitsamt der Ausgleichszulage lag und liegt damit unter der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2006 – bei Einzelpersonen etwa um 39 Euro monatlich, bei Paaren um etwa 57 Euro pro Monat. Mit anderen Worten: 2007 waren immer noch 21.163 Ausgleichszulagenbezie-

⁴⁸ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007; sie weist 74.455 Frauen und 66.339 Männer auf und enthält auch die PensionsbezieherInnen des öffentlichen Dienstes

⁴⁹ Hauptverband der Sozialversicherungsträger, www.sozvers.at

⁵⁰ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S. 157, 160, 164, 167

⁵¹ der Durchschnitt in Österreich liegt bei 263 Euro pro Monat

⁵² Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen, S.22

rlInnen in Tirol armutsgefährdet. Frauen waren hiervon stärker betroffen: 69% der Ausgleichszulagenbezieher waren Frauen.⁵³

Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen verstärken sich im Alter: In Tirol hatten 2007 Arbeitnehmer eine um durchschnittlich 54% höhere Pension als Arbeitnehmerinnen. Erhielten die Frauen ganzjährig Bezüge, so betrug ihre durchschnittliche Nettajahrespension 12.285 Euro (878 Euro monatlich x 14). Verfügtten sie jedoch über nicht ganzjährige Bezüge, dann betrug ihre Pension nur 5.155 Euro,⁵⁴ womit sie deutlich unter der Armutsgrenze lag. Das bedeutet, dass nicht ganzjährige Bezüge schon im Erwerbsleben und noch mehr in der Pension für Frauen das Armutsrisiko deutlich erhöht. 29% (etwa 18.400) der 63.900 Pensionistinnen in Tirol hatte (2001) keine Eigenpension, sondern ausschließlich eine Hinterbliebenenpension.⁵⁵ Dagegen hatten praktisch alle Männer eine Eigenpension, was die Rollenverteilung vergangener Zeiten widerspiegelt.

Aufgrund der teils niedrigen Pensionen weisen PensionistInnenhaushalte in Österreich mit 16% eine überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. Alleinstehende Pensionistinnen sind besonders stark davon betroffen (28%).⁵⁶ Ein Grund hierfür ist auch darin zu sehen, dass nicht wenige Pensionistinnen als Haupteinkommensquelle ausschließlich eine Hinterbliebenenpension haben (im Jahr 2001 waren es 13% aller PensionistInnen oder 223.042 Personen), während praktisch alle Männer über eine Eigenpension verfügten.⁵⁷

Stark armutsgefährdet sind generell in Österreich und auch in Tirol alleinstehende Frauen. 28% aller alleinstehenden Pensionistinnen sind armutsgefährdet, aber auch 22% aller alleinstehenden Frauen im erwerbsfähigen Alter.⁵⁸ Haushalte von Alleinerzieherinnen (im Jahr 2007 etwa 258.000 in Österreich) und alleinstehenden Frauen (im Jahr 2006 etwa 431.000 in Österreich⁵⁹) sowie Pensionistinnen (etwa 408.000 in Österreich im Jahr 2007) stehen am unteren Ende der Einkommensskala in Österreich.⁶⁰ In Tirol waren 2001 über 53.500 erwachsene Frauen unverheiratet, weitere 51.200 geschieden oder verwitwet.⁶¹ Etwa 51.000 Tirolerinnen lebten im Jahr 2007 allein, 21.600 sind Alleinerzieherinnen.⁶²

⁵³ Hauptverband der Sozialversicherungen

⁵⁴ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007

⁵⁵ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, S.12

⁵⁶ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.41

⁵⁷ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Österreich, S.12

⁵⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.33

⁵⁹ Statistik Austria: EU SILC 2006, S.38

⁶⁰ www.statistik.at, Bevölkerung, Haushalte

⁶¹ Statistik Austria: Volkszählung 2001, Hauptergebnisse I – Tirol, S.90

⁶² www.statistik.at, Bevölkerung, Haushalte

„Behinderung“ und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko

Haushalte mit pflegebedürftigen oder Personen mit besonderen Bedürfnissen haben ein erhöhtes Armutsrisiko von 16%, selbst wenn Leistungsbezüge in Form von Pflegegeld oder einer erhöhten Familienbeihilfe zur Verfügung stehen und in Anspruch genommen werden. Hauptgrund ist die Einschränkung der Erwerbstätigkeit – auch für betreuende bzw. pflegende Angehörige.

Ein **Großteil der Betreuungs- und Pflegeleistungen in Österreich wird nicht von Sozialen Diensten oder in Geriatrischen Einrichtungen erbracht**, sondern innerhalb der Familien - und hier überwiegend von Frauen (66% der Pflegenden sind Frauen) – sowie in zunehmenden Maße von Betreuungs- und Pflegekräften aus dem Ausland. Eine großangelegte Untersuchung der häuslichen Pflege durch das Sozialministerium im Jahr 2003 ergab, dass in **80 bis 90% der Betreuungs- und Pflegefälle Hilfsmaßnahmen** (wie Einkaufen und Reinigung der Wohnung) **durch Angehörige** (oder andere Personen; Anm. der Verfasser) erfolgten und in nur 15 bis 20% durch mobile Dienste und stationäre Einrichtungen. Auch aufwändigere Betreuungs- und Pflegemaßnahmen wie Körperpflege, An- und Auskleiden, Zubereitung und Einnahme von Mahlzeiten, Notdurftbetreuung, Medikamentengabe und Mobilität im Wohnbereich wurden mehrheitlich von Angehörigen durchgeführt.⁶³ *„Zwei Drittel der untersuchten Pflegegeldbezieherinnen und –bezieher nehmen professionelle Dienste gar nicht in Anspruch.“*

Laut Mikrozensus 2002 gab es in Österreich 281.900 Frauen und 144.000 Männer, die nahe Angehörige pflegten und betreuten. Insgesamt wurden 464.800 Personen gepflegt.⁶⁴ Für Tirol würde das bedeuten, dass etwa 31.600 Personen durch etwa 29.200 Angehörige betreut und gepflegt werden.⁶⁵

Betreuungs- und Pflegedienstleistungen (wie Soziale Dienste) sowie Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen (wie geriatrische Tageszentren, z.T. SeniorInnen- und vor allem Pflegeheime) werden durch die Bundesländer organisiert und entlasten Haushalte von solchen pflegerischen Leistungen. Zuletzt (2006) wandte das Land Tirol für die Alten- und Pflegeheime 88 Mio. Euro auf, 90 Mio. für Behindertenhilfe sowie für das Landespflegegeld 23,3 Mio. Euro.⁶⁶

Seit 1993 wird in Österreich je nach Grad der Pflegebedürftigkeit ein **Pflegegeld** gewährt, mit dem Pflegeleistungen abgegolten werden sollen. Doch übersteigt die erbrachte Pflege-

⁶³ Vergl. Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung

⁶⁴ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, S.44

⁶⁵ Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, S. 107

⁶⁶ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2009, Kap. 8.30

leistung wertmäßig oft weit das Pflegegeld. Denn der implizierte Stundenlohn beträgt in der Pflegestufe 1 nur 3,08 Euro, in der Pflegestufe 7 immerhin 9,20 Euro.⁶⁷

Pflegebedürftige Menschen können mit den Pflegegeldern an Hilfspersonen, Soziale Dienste oder Pflegeeinrichtungen Kostenbeiträge für deren Dienstleistungen bezahlen. Auch steuerliche Maßnahmen sollen helfen. Ohne Selbstbehalt können beispielsweise Aufwendungen für Behinderungen von Kindern als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden. Der Großteil der behinderten Kinder und Jugendlichen erhält darüber hinaus eine erhöhte Familienbeihilfe. Dennoch sind die staatlichen Unterstützungen zumeist nicht ausreichend, um die tatsächlichen Aufwendungen für die Betreuung und Pflege zu gewährleisten.

In ländlichen Regionen ist zudem die Nichtinanspruchnahme eigentlich gebührender Leistungen oft hoch. Man spricht von sog. „verschämter Armut“. In Tirol erhielten zuletzt (2006) 21.532 Menschen das Pflegegeld des Bundes (es steht Personen zu, die einen Pensionsanspruch haben). Mit 3,1 % der Bevölkerung lag die Inanspruchnahme unter dem Bundeschnitt von 4%. Mehr als die Hälfte von ihnen (53%) waren in den niedrigsten Pflegestufen 1 und 2, das ist ebenfalls weniger als im österreichischen Durchschnitt (56%).⁶⁸ Es gibt auch in Tirol eine deutliche Differenz zwischen der Zahl der Personen, die Pflegegeld in Anspruch nehmen, und solchen, die in einem Alter sind, in dem üblicherweise Pflegebedarf entsteht. Die Zahl der Menschen über 80 Jahre, also in einem Alter, in dem häufig Betreuungs- und Pflegebedarf entsteht, liegt in Tirol bei rund 27.000 Menschen.⁶⁹

Nach Angaben der Statistik Austria bezogen in Tirol im Jahr 2006 weitere 4.577 Menschen Landespflegegeld⁷⁰ (es steht Personen zu, die keinen Pensionsanspruch haben). Mit rund 7 von 1000 EinwohnerInnen entsprach der Anteil der Bevölkerung dem österreichischen Durchschnitt.

Die Armutsgefährdungsquote erhöht sich weiter (auf 20%), wenn solche Leistungen nicht zur Verfügung stehen oder nicht ausreichen, um den Betreuungs- und Pflegeaufwand zu bezahlen, was nach Aussage des Sozialberichts 2003/2004 bei Haushalten mit zusammen 236.000 Menschen in Österreich der Fall ist, in denen zumindest eine Person mit besonderen Bedürfnissen lebte, die keinen oder einen nicht ausreichenden Leistungsbezug hatte. Im Fall dieser Gruppe wird die Bedeutung von ausreichenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen zur Verringerung von Armutsgefährdung besonders deutlich. Die Diskussionen um den „Pflegetotstand“ in Österreich seit dem Sommer 2006 zeigten deutlich auf, dass die bestehenden Leistungen bei höheren Betreuungs- und Pflegeaufwand vielfach nicht ausreichen.

⁶⁷ Statistik Austria: www.statistik.at

⁶⁸ Anfrage an Statistik Austria

⁶⁹ Statistik Austria: Bevölkerungsprognosen – Ausführliche Tabellen der Hauptvariante TIROL

⁷⁰ Statistik Austria, www.statistik.at

Die deutliche Zunahme älterer Menschen in den kommenden Jahrzehnten wird auch den Pflegebedarf deutlich erhöhen, sofern sich nicht der allgemeine Gesundheitszustand älterer Menschen deutlich verbessert. Die Zahl der Menschen über 80 Jahren wird in Tirol bis 2020 um rund 13.000 oder 50% steigen, bis 2030 um weitere 15.000, was eine Verdoppelung gegenüber heute bedeuten würde.⁷¹ Kommt es zu keinem deutlichen Ausbau von Betreuungs- und Pflegediensten und –einrichtungen bzw. der für Betreuungs- und Pflegeleistungen bereitgestellten Gelder (sei es über ein erhöhtes Pflegegeld, einen Pflegefonds oder eine Pflegeversicherung) und Betreuungs- und Pflegepersonal, so werden in noch viel höherem Maß als heute Familienmitglieder – oder billige ausländische Betreuungs- und Pflegekräfte - die Betreuung und Pflege Angehöriger erbringen und ihre Erwerbstätigkeit einschränken müssen.

Über 21.700 armutsgefährdete MigrantInnen

Über ein Viertel der MigrantInnen in Österreich⁷² (28%) waren 2006 armutsgefährdet.⁷³ 79% der MigrantInnen (einschließlich der Kinder und Älteren) müssen mit einem Einkommen unter dem oder in der Höhe des Medianeinkommen auskommen, nur 21% steht höheres zur Verfügung.⁷⁴ Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. Zudem wird die Hausarbeit und Kindererziehung aus kulturellen Gründen oft den Frauen zugeteilt, was etwa in der muslimischen Bevölkerung zu einer besonders geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen führt. Mit nur einem Erwerbseinkommen ist die Lebenshaltung heute aber meist schwierig. *„Der Erhalt der österreichischen Staatsbürgerschaft verbessert die Situation dieser Gruppe aber kaum.“*⁷⁵

In Tirol lebten zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung (2001) etwa 63.600 Menschen (MigrantInnen) ohne österreichische Staatsbürgerschaft, das waren etwa 9,4% der Bevölkerung. Weitere 30.600 eingebürgerte Tirolerinnen und Tiroler (4,5%) waren im Ausland geboren.⁷⁶ Wenn man die Armutsgefährdungsquote unter MigrantInnen in Österreich (24%)⁷⁷ bzw. Eingebürgerten (21%) heranzieht⁷⁸ und davon ausgeht, dass die Armutsgefährdung in

⁷¹ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2009, Kap.2.17

⁷² Diese Zahlen beziehen sich nur auf MigrantInnen, die nicht aus dem EU/EFTA-Raum kommen. MigrantInnen aus dem EU-EFTA-Raum (210.000) haben mit 14% eine fast gleiche Armutsgefährdungsquote wie der österreichische Durchschnitt (13%). Die Armutsgefährdungsquote aller MigrantInnen in Österreich, unabhängig von ihrem Herkunftsland, beträgt 24%.

⁷³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.139

⁷⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.114

⁷⁵ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

⁷⁶ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I - Tirol, S.98

⁷⁷ Hier wird die Armutsgefährdungsquote aller MigrantInnen, unabhängig von ihrem Herkunftsland verwendet, da hier von allen die Sprache ist.

⁷⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.139

Tirol nicht wesentlich anders ist, so kann angenommen werden, dass in Tirol über 21.700 MigrantInnen und Eingebürgerte armutsgefährdet sind.

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich

Kleine Kinder erhöhen das Armutsrisiko deutlich. Haushalte mit kleinen Kindern (0 bis 6 Jahre) haben in Österreich ein überdurchschnittliches Armutsrisiko (17%).⁷⁹ Erst wenn das jüngste Kind im Haushalt sieben Jahre alt ist, kann ein deutlicher Rückgang des Armutsrisikos verzeichnet werden, weil – durch die Schulpflicht – Kinderbetreuungsaufwand bzw. -kosten zurückgehen und Frauen wieder stärker in das Erwerbsleben eingebunden sind.

Der Sozialbericht 2003/04 nennt ausdrücklich „**das Problem mangelnder externer Kinderbetreuung**“, durch das sich Frauen aus dem Erwerbsarbeitsprozess zurückziehen müssen.⁸⁰ 67% der Frauen mit Kleinkindern (bis 6 Jahren) in Österreich können nur Teilzeit arbeiten und sind damit enorm abhängig von einem Erwerbseinkommen eines Lebenspartners.⁸¹

Tirol: Etwa 115.000 (2007) Kinder in Tirol sind unter 15 Jahre⁸² und damit in einem Alter, wo noch mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. In Tirol lebten im Jahr 2007 etwa 42.000 Kinder bis 5 Jahren, also im Vorschulalter. Laut Kindertagesheimstatistik 2007/08 befanden sich davon aber nur 20.700 Kinder in Krippen oder Kindergärten. Das heißt, dass nur 49% der Vorschulkinder in Tirol in Betreuungseinrichtungen untergebracht waren, 51% dagegen zu Hause oder in einer anderen Form (Tagesmütter, Spielgruppen, Verwandte, usw.) betreut werden. Die geringste institutionelle Betreuung gibt es in Österreich bei Kleinstkindern zwischen 0 und 2 Jahren, von denen in Österreich lediglich 12% in einer Betreuungseinrichtung versorgt werden. Dieser Wert liegt in Tirol mit 12% im österreichischen Durchschnitt. Während die institutionelle Betreuung der 3-jährigen unter dem österreichischen Durchschnitt liegt, ist jene der 4- und 5-jährigen darüber. Im Alter zwischen 6 und 9 Jahren, also im Volksschulalter, liegt der Anteil der institutionell betreuten Kinder in Tirol mit nur 4% allerdings deutlich unter dem österreichischen Durchschnitt.

⁷⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.38

⁸⁰ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.217

⁸¹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.36

⁸² Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2009, Kap.2.13

Kinderbetreuungsquote nach Alter in Tirol und Österreich 2007/08⁸³

Alter in Jahren	Betreuungsquote in %	
	Tirol	Österreich
0 Jahre	0,30%	0,60%
1 Jahr	9,30%	7,70%
2 Jahre	27,00%	26,60%
3 Jahre	66,20%	70,20%
4 Jahre	95,60%	91,20%
5 Jahre	95,80%	93,30%
6 bis 9 Jahre	4,00%	13,80%

Unter mangelnder Kinderbetreuung leiden in besonderem Maße alleinerziehende Haushalte. „89.000 Personen, beinahe jede dritte Person (31%) in einem alleinerziehenden Haushalt ist armutsgefährdet. Trotz ihrer sehr hohen Erwerbsbeteiligung von 77% gehören Alleinerziehende zu den gefährdetsten Gruppen“, stellte bereits der Sozialbericht 2003/2004 für Österreich fest.⁸⁴ Und: „Bestehende Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen haben demnach einen besonderen Nachteil für alleinerziehende erwerbstätige Frauen und ihre Kinder.“⁸⁵ Der Sozialbericht kommt deshalb zum Schluss: „Es ist daher essentiell, Frauen mit Familie ausreichend bezahlte Erwerbstätigkeit und die damit verbundene Kinderbetreuung zu ermöglichen, um Familien und ihre Kinder vor Armut zu schützen. Alleinerziehende, eine zunehmende Lebensform, bedürfen in besonderem Maß flexibler Kinderbetreuung und familienadäquater Arbeitszeiten.“⁸⁶ Da sich die Kinderbetreuungsquote in diesem Zeitraum nur geringfügig gesteigert hat, trifft dieser Befund noch immer auf die Situation in Tirol zu.

Jede fünfte Familie mit Kindern in Tirol war 2007 ein AlleinerzieherInnen-Haushalt (ca. 25.100 der ca. 128.900 Familien mit Kindern). In den Haushalten von AlleinerzieherInnen lebten zuletzt (2007) etwa 34.800 Kinder, 12.700 (36%) von ihnen waren unter 15 und damit in einem mehr oder weniger betreuungsbedürftigen Alter. 86% bzw. 21.600 der alleinerziehenden Elternteile in Tirol waren 2007 Frauen mit zusammen 29.800 Kindern.⁸⁷

Die Armutsgefährdungsquote von alleinerziehenden Haushalten war zuletzt (2006) mit 27% überdurchschnittlich hoch.⁸⁸ Man kann daher davon ausgehen, dass zuletzt (2007) in Tirol etwa 6.800 alleinerziehende Haushalte mit zusammen fast 16.200 Erwachsenen und Kindern armutsgefährdet waren.

⁸³ Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2007/2008, S.68

⁸⁴ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.220

⁸⁵ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁸⁶ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

⁸⁷ Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2007, S.62f.

⁸⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.33

Mit 16% überdurchschnittlich hoch ist die Armutsgefährdungsquote auch von Familien mit drei und mehr Kindern.⁸⁹ Solche gab es in Tirol zuletzt (2007) etwa 18.900 mit zusammen rund 61.200 Kindern, von denen mehr als ein Drittel unter 15 Jahre alt waren, also in einem Alter, wo mehr oder weniger Betreuung notwendig ist. Etwa 87.900 Menschen lebten in solchen Familien mit 3 und mehr Kindern, davon waren etwa 1.700 Haushalte alleinerziehend.⁹⁰ Geht man von der durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote solcher Familien aus, so würde das bedeuten, dass (abzüglich der alleinerziehenden Haushalte und in diesen Haushalten lebenden Kinder) in Tirol rund 15.500 Erwachsene und Kinder armutsgefährdet sind⁹¹, weil sie in Familien mit 3 und mehr Kindern leben und dadurch eingeschränkte Erwerbsmöglichkeiten bzw. überdurchschnittliche Lebenshaltungskosten haben.

Kinder stellen in Österreich mit über 250.000 Betroffenen im Jahr 2006 eine der größten armutsgefährdeten Gruppen in Österreich, nämlich ein Viertel aller Armutsgefährdeten, das Österreichweit leben 14% (257.000) der Kinder und Jugendlichen (bis 19 Jahre) in Haushalten, die armutsgefährdet sind. Kinder sind damit häufiger von Armutsgefährdung betroffen als die durchschnittliche Bevölkerung.

Dabei sind nicht alle Kinder gleichermaßen von Armut betroffen, eine bedeutende Komponente ist die Familienzusammensetzung. Familien mit nur einem Kind haben die geringste Armutsgefährdungsquote mit nur 8%, gefolgt von Familien mit zwei Kindern, die eine Armutsgefährdungsquote von 11% aufweisen. Zu den überdurchschnittlich von Armut gefährdeten Gruppen zählen einerseits Familien mit drei und mehr Kindern (17%) und in besonders hohem Maß die vielen AlleinerzieherInnen (27%). Im Jahr 2007 waren damit in Tirol, unter Berücksichtigung der Kinderzahl je Familientyp und gleichbleibender Armutsgefährdungsquoten, rund 19.800 Kinder armutsgefährdet.⁹²

Geringe soziale Mobilität – oder: Armut wird vererbt

Zahlreiche Studien zeigen den engen Zusammenhang zwischen dem sozialen Status der Eltern und dem zukünftigen sozialen Status ihrer Kinder. Vor allem Bildung hat einen starken Einfluss auf das zukünftige Einkommen und somit auf die zu erwartenden Lebensbedingungen. Die EU-SILC Erhebung 2005 behandelte erstmals auch die „**intergenerationale soziale Mobilität**“, also den Einfluss der sozialen Herkunft auf Lebens- und Einkommenschancen.

Dabei zeigte sich in Österreich die **soziale Selektivität des Bildungssystems**. Noch immer haben Kinder aus „bildungsfernen Haushalten“ oder Haushalten mit Migrationshintergrund

⁸⁹ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.33

⁹⁰ Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2007, S.62, eigene Berechnungen

⁹¹ eigene Berechnung

⁹² Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2006, S. 63, eigene Berechnungen

einen erschwerten Bildungsaufstieg. Während 46% der Kinder aus AkademikerInnen-Haushalten selbst einen akademischen Bildungsabschluss aufweisen können, erreichen dies nur 5% der Befragten, deren Eltern nur einen Pflichtschulabschluss haben. Die Ergebnisse zeigen auch, dass sich dies seit den 1950er Jahren nicht wesentlich verändert hat.⁹³

Ein **Zusammenhang** zeigt sich auch **zwischen der finanziellen Situation des elterlichen Haushaltes und der Bildung**, wobei es sich dabei um eine Weiterführung der Ungleichheit von Bildungschancen handelt. Während 36% der Personen aus Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation maximal Pflichtschulabschluss erreichen, ist dies nur bei 7% aus Haushalten mit sehr guten finanziellen Mitteln der Fall. Von diesen erlangt hingegen über ein Viertel einen Universitätsabschluss.

Diese Unterschiede wirken sich auf das spätere Einkommen der Personen aus. Somit wird *„der Einfluss des elterlichen Haushalts (...) auch bei der Armutsgefährdung sichtbar.“*⁹⁴ Während Personen aus elterlichen Haushalten mit sehr schlechter finanzieller Situation eine Armutsgefährdung von 15,3% aufweisen und damit eine deutlich erhöhte Armutsgefährdung haben, sind jene aus Haushalten mit guter oder sehr guter finanzieller Situation mit einer Quote von knapp über 10% deutlich unter dem Durchschnitt. Bei Personen zwischen 25 und 45 Jahren aus finanziell schlechter gestellten Familien ergibt sich sogar eine Armutsgefährdungsquote von 22,3%, was auf den stärkeren Einfluss des Elternhauses als bei älteren Personen zurückzuführen ist.

Folgen von Armut für die Gesundheit

Ärmere Menschen sind statistisch gesehen **häufiger krank**, woraus auch eine deutlich niedrigere Lebenserwartung resultiert. Bestimmte Erkrankungen (wie Arthritis, Bronchitis, Magen-Darm- und Herzerkrankungen, physische Beeinträchtigungen, Zahnverlust) treten bei ärmeren Personen häufiger auf. Ärmere nehmen Fachärzt/innen weniger oft in Anspruch und werden früher und häufiger pflegebedürftig. Arbeitslose leiden häufiger an psychosomatischen Beschwerden wie Schlaflosigkeit, depressiven Symptomen, Ängsten und Magen-Darmstörungen und weisen einen erhöhten Suchtmittelkonsum auf. Alleinerzieherinnen haben doppelt so oft einen schlechten allgemeinen Gesundheitszustand, doppelt so oft zwei oder mehrere chronische Krankheiten bzw. Depressionssymptome als Mütter in Partnerschaften. Umgekehrt haben Kranke weniger Chancen am Arbeitsmarkt.⁹⁵ *„Arbeitslose Personen fühlen sich gesundheitlich schlechter, leiden häufiger an ausgewählten chronischen*

⁹³ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 60

⁹⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S. 41

⁹⁵ Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit

*Krankheiten und Schmerzen und rauchen häufiger täglich.*⁹⁶ Arbeitslose leiden besonders häufig unter Depressionen und Angstgefühlen, Männer haben ein 7,6-fach höheres und Frauen ein 4,4-fach höheres Risiko als Erwerbstätige, daran zu erkranken.

Neben dem Einkommen ist **Bildung der wichtigste Faktor, der sich auf die Gesundheit der Menschen positiv oder negativ auswirkt**. Menschen mit geringerem Bildungsgrad beurteilen (wohl zu Recht) ihren Gesundheitszustand signifikant schlechter als Menschen mit höherer Bildung.⁹⁷

Wichtig für die Gesundheit ist auch die Qualität der **Wohnverhältnisse**: 14% der Armen leben in Wohnungen mit Schimmel oder feuchten Wänden.⁹⁸

Kinder sind von Armut **besonders betroffen**, weil sie ihre körperliche, geistige, emotionale und soziale Entwicklung einschränkt. Ihre oftmals beeinträchtigte Leistungsfähigkeit bzw. psychische Ausgeglichenheit vermindern ihre Teilhabechancen und berühren den gesamten Prozess des Aufwachsens. Kinder in armen Haushalten neigen zu Übergewicht: Auf den Tisch kommen vorwiegend süße, sättigende Speisen und fettreiche Fertiggerichte. Bei Jugendlichen aus niederen sozialen Schichten zeigt sich auch erhöhter Nikotin- und Alkoholkonsum.⁹⁹ Kinder werden vor allem von Alleinerzieherinnen in die Schule geschickt, auch wenn sie krank sind – denn sie fürchten um ihren Arbeitsplatz bei häufigem Fehlen und Pflegeurlaub. Auch die Säuglingssterblichkeit ist bei Einkommensschwächeren höher als bei Einkommensstarken. Eine Befragung von 3.328 SchülerInnen (im Alter von 11 bis 15 Jahren) ergab, dass bei Unterschicht-Kindern häufiger Kopfschmerzen, Nervosität, Schlafstörungen und Einsamkeit auftreten.

Folgen für die soziale und kulturelle Teilhabe

Armut äußert sich nicht nur durch eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten, sie hat auch Auswirkungen auf die Lebensqualität der Betroffenen. Die verminderte Lebensqualität äußert sich durch schlechtere Wohnverhältnisse, schlechtere Gesundheit oder geringere Entwicklungsmöglichkeiten. Armutsgefährdete Menschen sind zudem in ihren Möglichkeiten zu sozialer und kultureller Teilhabe beschränkt. Der Begriff „soziale Teilhabe“ umfasst dabei den **Kontakt der Personen** zu Verwandten, Freunden und der Nachbarschaft, den Organisationsgrad in Vereinen, Verbänden oder politischen Organisationen, sowie Freizeitaktivitäten. Wichtig ist die **Integration in soziale Netzwerke** nicht nur für das Selbstwertgefühl derjenigen/desjenigen, soziale Netzwerke zeichnen sich vor allem durch die zu erwartende Unter-

⁹⁶ Statistik Austria, BMGFJ: Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit, Auswertung der Daten aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2006/2007, S.9

⁹⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S.125

⁹⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2005, S. 153

⁹⁹ Öst. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit

stützung und den erleichterten Zugang zu verschiedensten Ressourcen aus. Damit kann die Stärke der sozialen Teilhabe als soziales Kapital interpretiert werden.

Prekäre Lebenssituationen, wie sie bei einkommensarmen und/oder deprivierten Personen häufig auftreten, führen oftmals zu einer Überforderung des sozialen Netzwerkes und damit zu Isolation und mangelnder Unterstützung. Vor allem Arbeitslose, AlleinerzieherInnen und ältere Menschen sind aufgrund eingeschränkter Mobilität sowie eingeschränkter finanzieller und zeitlicher Ressourcen überdurchschnittlich oft von geringer Teilhabe betroffen. Das Fehlen von regelmäßigen sozialen Kontakten tritt bei Personen, die in Deprivation¹⁰⁰ leben, oder manifest Armen doppelt so häufig auf wie bei nicht Armen. Dies wirkt sich auch auf die Erwartung aus, soziale Unterstützung zu erhalten. So gehen nur 6% der nicht armen Personen davon aus, dass sie im Notfall keine Hilfe von Verwandten, FreundInnen oder Nachbarn bekommen, aber 14% der armutsgefährdeten, deprivierten oder in manifester Armut lebenden Personen gehen davon aus, keine Unterstützung zu bekommen.

Einkommensschwache Personen nehmen auch seltener an kulturellen Veranstaltungen teil und sind weniger oft in Vereinen, Gruppen oder anderen Organisationen beteiligt, sodass sich ihr Netzwerk weiter verkleinert. Armut macht also auch einsam.

Auch das **Konzept der Armut oder des Reichtums an Verwirklichungschancen** des Wirtschaftsnobelpreisträgers Amartya Sen geht in diese Richtung und wird in der Beurteilung von Armut und Reichtum immer wichtiger. Verwirklichungschancen sind nach Sen gleichbedeutend mit der Fähigkeit und vor allem Freiheit, das Leben nach eigenen Lebensplänen zu gestalten. So sollte es jedem Menschen möglich sein, frei von vermeidbaren Krankheiten zu leben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen oder eine Religion auszuüben. Wichtig ist hier immer, dass jedem Menschen die Wahl, etwas zu tun oder nicht, selbst überlassen bleibt. Wohlergehen ist nur dann möglich, wenn aus den vorhandenen Verwirklichungschancen frei gewählt werden kann.

Um Armut zu verhindern, ist daher ein Grundmaß an sozialen Chancen notwendig, das durch den gleichen Zugang zu Institutionen ermöglicht werden muss. Diese Chancengleichheit kann praktisch nur durch öffentliche Leistungen sichergestellt werden.

Leistungen der öffentlichen Hand senken die Armutsgefährdung

In armutsgefährdeten Haushalten machen Leistungen der öffentlichen Hand in Österreich 60% des Gesamteinkommens aus! Ohne Sozialtransfers wären in Österreich beispielsweise

¹⁰⁰ Unter Deprivation versteht man den beschränkten Zugang zu einem gewissen Lebensstandard und soziale Ausgrenzung aus gesellschaftlichen Bereichen, die nicht notwendigerweise mit monetärer Armut einhergeht. Menschen, die in manifester Armut leben, leiden unter Deprivation und finanzieller Armut.

30% aller alleinstehenden Frauen armutsgefährdet und sogar 51% aller AlleinerzieherInnen. Leistungen der öffentlichen Hand sind daher von größter Bedeutung, um die Armutsgefährdung zu verringern.¹⁰¹

Solche Leistungen sind vor allem finanzielle Unterstützungen bzw. Dienstleistungen des Bundes bzw. der Sozialversicherungen bei Arbeitslosigkeit, Unfall oder Krankheit, Pensionen und Pflegegelder, die diversen Familienleistungen (wie Wochengeld, Familienbeihilfe, Steuerabsetzbeträge, Kinderbetreuungsgeld sowie diverse Schul- und Studienbeihilfen), aber auch die Sozialleistungen der Länder und Gemeinden, vor allem die Sozialhilfe, die Wohn- und Mietzinsbeihilfen, die Behinderten- und Flüchtlingshilfen, Kinderbetreuungs- oder Senioreneinrichtungen.

Ein Drittel aller Einkommen in Tirol kommen aus Sozialleistungen (11% aller Einkommen) und Pensionen (20% aller Einkommen). Für 191.000 Tirolerinnen und Tiroler (27% der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle.¹⁰² Ohne Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wären nicht 70.000, sondern 166.000 Tirolerinnen und Tiroler (24% der Bevölkerung) armutsgefährdet bzw. arm. Ohne Pensionen wären es sogar 307.000 Menschen), worauf angesichts der schwerwiegenden Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf kapitalbasierte Pensionsvorsorgen hingewiesen wird. 96.000 Menschen kommen in Tirol durch Sozial- und Sozialversicherungsleistungen aus dem Bereich der Armutsgefährdung heraus, 70.000 bleiben dennoch armutsgefährdet, weil diese Leistungen nicht hoch genug sind, um 60% des Medianeinkommens zu erreichen.¹⁰³

Schon derzeit reichen also die bestehenden Sozial- und Sozialversicherungsleistungen in Österreich wie auch in Tirol nicht aus, um Armutsgefährdung und Armut zu verhindern. **Sparmaßnahmen bei Sozial- und Sozialversicherungsleistungen**, aber auch Einnahmensenkungen bei Sozialversicherungen (etwa durch „Lohnnebenkostensenkungen“) erhöhen daher tendenziell die Armutsgefährdung, weil dadurch entweder die Sozial- und Sozialversicherungsleistungen und damit die Einkünfte von Menschen aus solchen Leistungen verringert oder aber Ausgaben für private (Zu-)Zahlungen („Selbstbehalte“, „private Vorsorgen“) erhöht werden. Ebenso wirken **Preiserhöhungen** de facto armutsgefährdend, wenn sie belastend auf lebensnotwendige Bereiche wie das Wohnen, Energie, die Einkommen oder die Mobilität wirken. Die deutlich höhere Zahl arbeitsloser Menschen in Österreich hat in den vergangenen Jahren bei gleichzeitiger Kürzung des Arbeitslosengeldes zur höheren Armutsgefährdung ebenso beigetragen wie die Senkung verschiedener Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, wodurch die Sozialversicherungen zu Leistungseinschränkungen gezwungen wurden. Die Kürzung von Einkommen einerseits bzw. höhere Belastungen der

¹⁰¹ dazu BMSK: „Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.222

¹⁰² Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.116 ff.

¹⁰³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.139

Einkommen andererseits zeigten und zeigen zudem deutliche negative Rückwirkungen auf den Inlandskonsum, der selbst in Zeiten der Hochkonjunktur deutlich schwächer ausfiel als in vergangenen Aufschwungphasen. Zuletzt sorgten vor allem die deutlich erhöhten Energie- und Nahrungsmittelpreise für Belastungen armutsgefährdeter Haushalte.

Betroffen waren in den letzten Jahren durch öffentliches Sparen auch Einrichtungen, welche die Armut bekämpfen sollen: das Einfrieren der Wohnbauförderungsbeiträge des Bundes an die Länder und der Wegfall der „Kindergarten-Milliarde“ zum Bau von Krippen, Kindergärten und Horten haben es den Ländern und Gemeinden in den vergangenen Jahren erschwert, leistbaren Wohnraum bzw. bedarfsorientierte Kinderbetreuungseinrichtungen bereitzustellen. Das Sparen bei öffentlichen Subventionen hat die Arbeit gemeinnütziger sozialer Einrichtungen erschwert. Letztlich hat auch die deutliche Zunahme der Zuwanderung nach Österreich in den letzten Jahren zu höherer Armutsgefährdung beigetragen, zumal den Ländern und Gemeinden die entsprechenden Ressourcen für eine erfolgreiche Integration (im Arbeits-, im Wohn-, im Bildungs- oder Sozialbereich) nicht in ausreichendem Maße gegeben wurden.

Anstieg der Haushaltsausgaben

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg von Armutsgefährdung und Armut durch Einschränkungen in der Lebensführung sind in den letzten Jahren bei eher stagnierenden Einkommen die **wachsenden Lebenshaltungskosten**. In den Jahren 2000 bis 2005 sind die Reallöhne in Österreich zweimal (2000 und 2001), die Pensionen sogar jedes Jahr real zurückgegangen, weil die Preissteigerungsraten über den Lohn-, Gehalts- und Pensionsanpassungen lagen.

Auch der Sozialbericht 2003/2004 räumt ein, „*dass Änderungen in den Ausgaben und Kostenstrukturen einen ressourcenzentrierten Ansatz nicht berühren.*“¹⁰⁴ Und derartige finanzielle Belastungen (durch Steuer- und Abgabenerhöhungen, durch höhere Wohn- und Energiepreise oder Gesundheitskosten) gab es in den letzten Jahren unzweifelhaft.

Die Statistik Austria weist den allgemeinen **Anstieg der Verbraucherpreise** seit dem Jahr 2000 bis 2007 mit 14,6% aus. Die Kosten für Wohnen, Wasser, Energie sind von 2000 bis 2007 aber fast doppelt so stark um 25,4% und Kosten für Bildung (etwa durch die Einführung von Studiengebühren) sogar um 57,8% gestiegen.¹⁰⁵ Strom wurde allein in den Jahren 2003 bis 2007 um 23,1% teurer, Normalbenzin um 27,9%, Gas um 30,8%, Diesel um 39,7% und Heizöl um 66,9%.¹⁰⁶ Diese Verteuerungen treffen armutsgefährdete Menschen besonders

¹⁰⁴ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

¹⁰⁵ http://www.statistik.at/web_de/static/jahresdurchschnitte_der_coicop-hauptgruppen_des_vpi_2000_022141.pdf, Stand 20.05.2008

¹⁰⁶ Statistik Austria: Jahresdurchschnittspreise für die wichtigsten Energieträger 2003 bis 2007

stark, weil diese einen höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel, Wohnen und Gesundheit aufwenden müssen. „Jede Erhöhung bei den Ausgaben belastet untere Einkommenshaushalte überproportional“, bestätigt auch der Sozialbericht der Bundesregierung.¹⁰⁷

Deutlich wird die erhöhte Belastung auch bei der veränderten Nachfrage bei Sozialeinrichtungen. Während es sich bis vor wenigen Jahren vorwiegend um finanzielle Hilfe für die Möglichkeit sozialer Teilhabe (zum Beispiel Schulskikurse) gehandelt hat, hat sich die Nachfrage mittlerweile auf elementare Grundbedürfnisse wie Nahrungsmittel und Heizkosten ausgeweitet.

Die **durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben** waren in Tirol zum Zeitpunkt der letzten Erhebung (Konsumerhebung 2004/05) mit durchschnittlich 2.400 Euro monatlich die dritthöchsten aller Bundesländer (nach Oberösterreich und Salzburg). Überdurchschnittlich waren in Tirol vor allem die Ausgaben für Wohnen und Energie.¹⁰⁸

Durchschnittliche monatliche Haushaltsausgaben in Tirol 2004/05¹⁰⁹

Ausgabengruppe	in %	Haushaltsausgaben	Äquivalenzausgaben
		in Euro	
Ernährung	12,7	342	219
Alkohol, Tabak	3,3	86	57
Bekleidung, Schuhe	6,4	166	110
Wohnen, Energie	23,1	597	398
Wohnausstattung	7,1	176	122
Gesundheit	3,5	86	61
Verkehr	14,2	407	244
Kommunikation	2,4	66	41
Freizeit, Sport, Hobby	12,9	342	222
Bildung	0,4	14	7
Hotel, Cafes, Restaurants	5,3	137	92
sonstiges	8,8	237	152
Ausgaben insgesamt	100,0	2.657	1.724

Hohe Wohnkosten in Tirol

Die Wohnkosten sind in der Regel der größte Ausgabenposten von Haushalten. Der durchschnittliche monatliche Wohnungsaufwand in Tirol (für entgeltliche genutzte Wohnungen) betrug zuletzt (2007) 410 Euro, lag damit um 10% über dem österreichischen Durchschnitt (372 Euro) und war (nach Vorarlberg und Salzburg) der dritthöchste Wohnungsaufwand aller

¹⁰⁷ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.211

¹⁰⁸ APA0079 5 WI 0417

¹⁰⁹ Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, Seite 203-224; nicht regelmäßige Ausgaben (wie Energieabrechnungen, Urlaube, größere Anschaffungen, Reparaturen usw.) werden in dieser Darstellung auf die monatlichen Kosten umgerechnet.

Bundesländer.¹¹⁰ Die durchschnittlichen Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie liegen laut Konsumerhebung (hier werden auch die Kosten selbstgenutzter Eigentumswohnungen und Eigenheime mit eingerechnet) in Tirol mit durchschnittlich 597 Euro pro Monat ebenfalls über dem Österreichdurchschnitt (566 Euro). In Tirol wurden durchschnittlich 23,1% der Haushaltsausgaben für Wohnen und Energie benötigt (Ö: 22,3%).¹¹¹

Rund 36.500 Tiroler Wohnungen waren 2001 (laut Gebäude- und Wohnungszählung) im Eigentum einer Gebietskörperschaft oder gemeinnützigen Bauvereinigung und somit einer gewissen sozialen Mietpreisbindung unterworfen.¹¹² Auch beim Wohnen ist die Bedeutung von Sozialleistungen – etwa der Wohnbauförderung oder von Wohn- und Mietbeihilfen – wichtig zur Senkung der Wohnkosten durch objekt- und subjektfördernde Maßnahmen.

Dennoch: Für 15% der TirolerInnen (immerhin 105.000 Menschen) stellen die Wohnkosten zuletzt (2006) eine starke Belastung dar. Damit liegt Tirol über dem Bundesdurchschnitt.¹¹³

Das Kostenniveau ist vor allem für neu auf den Wohnungsmarkt tretende Personen belastend. Der Immobilienpreisspiegel 2008 weist für Tirol durchschnittliche Mieten bei einer Neuvermietung – je nach Lage - zwischen 4,30 und 6,60 Euro/m² bei mittlerem Wohnwert und 5 bis 8,80 Euro/m² bei gutem Wohnwert auf – zuzüglich Betriebskosten, Heizung, Warmwasser und Strom. Die Kosten einer gebrauchten Eigentumswohnung betragen zwischen 850 und 1.481,30 Euro/m² bei einfachem Wohnwert und 1.132,50 bis 1.800 Euro/m² bei mittlerem Wohnwert, neue Eigentumswohnungen waren nicht unter 1.490 Euro/m² zu bekommen.¹¹⁴

Innerhalb von Tirol gibt es allerdings deutliche Schwankungen der Wohnkosten. Zu den teuersten Bezirken gehören aber eindeutig Innsbruck und Kitzbühel.

Verschuldung erhöht Armutsgefährdung stark

Weder der Sozialbericht noch die Daten von EU-SILC geben Auskunft über die zunehmenden Ver- und Überschuldung privater Haushalte. Faktum ist allerdings, dass mit Privatkonkursen und Lohnpfändungen der finanzielle Spielraum von Haushalten enorm eingeschränkt wird.

Die Überschuldung privater Haushalte stellt auch in Tirol ein immer größeres Problem dar: 2007 wurden in Tirol 760 Privatkonkurse eröffnet, das waren um 17% mehr als noch im Jahr

¹¹⁰ www.statistik.at: Entgeltlich bewohnte Wohnungen

¹¹¹ Statistik Austria: Verbrauchsausgaben, Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2004/2005, S.203-224

¹¹² Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Hauptergebnisse Tirol, S.78

¹¹³ Statistik Austria: EU-SILC 2006. S.131

¹¹⁴ Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2008

2006. Die durchschnittliche Verschuldung lag bei 141.579 Euro. Tirol liegt mit einer Gesamtverschuldung von 107,6 Mio. Euro im Österreichvergleich im oberen Mittelfeld; auch die Überschuldung pro Fall liegt deutlich über dem österreichischen Durchschnitt (139.500 Euro).¹¹⁵

Hauptgründe für private Überschuldung sind bei jüngeren Menschen das Handy, Konsumzwang, Kontoüberziehungen und Umschuldungen sowie mangelhaftes Wissen um den richtigen Umgang mit Geld. Bei Erwachsenen sind es häufig ehemalige Selbstständigkeit, eine Scheidung oder Trennung, die Übernahme von Bürgschaften sowie Hausbau bzw. Haus- oder Wohnungskauf.

Die weitaus größten Gläubiger sind die Banken. Konsumkredite wurden viele Jahre hindurch auch deshalb so stark beworben, weil für Banken in Österreich die Möglichkeit der Eintreibung der Schulden durch Lohnpfändung besteht. In einigen EU-Staaten sind derartige Gehaltspfändungen entweder überhaupt nicht vorgesehen oder nur dann möglich, wenn es sich dabei um Unterhaltsschulden oder um Forderungen des Staates (z.B. Steuerforderungen) handelt. Diese fehlende Möglichkeit für Gehaltspfändungen seitens kommerzieller Gläubiger hatte in diesen Ländern zur Folge, dass bei der Vergabe von Krediten viel vorsichtiger vorgegangen wurde.

Reichtum nimmt auch in Tirol zu

Während über das untere Ende der sozialen Skala, die Armut, durch Untersuchungen wie EU-SILC und die Sozialberichte des Sozialministeriums zahlreiche Daten zur Verfügung stehen, weiß man über das andere Ende, den Reichtum, nur wenig. Nur vereinzelt erscheinen Darstellungen über hohe Einkommen oder große Vermögen. Sie alle zeigen zumindest den Trend eines sehr starken, überdurchschnittlichen Wachstums.

Was ist „Reichtum“? Während heute in Europa relativ einheitliche Definitionen existieren, wann Armutsgefährdung beginnt (unter 60% des Medianeinkommens) und was Armut (Deprivation) ist, gibt es solche Definitionen für Reichtum noch kaum.

Beim Versuch einer Definition von „Reichtum“ haben auch die umfangreichen Arbeiten zum 2. deutschen Armuts- und Reichtumsbericht (2004/2005) zu keinem Ergebnis geführt. *„Es besteht kein Konsens darüber, was Reichtum und Vermögen konkret sein soll; noch weniger ist eine Einigung in Fragen der Operationalisierung und Messung von Reichtum in Sicht. Auch bestehen noch vielfältige Erkenntnisdefizite insbesondere hinsichtlich nicht-monetärer Reichtumsdimensionen. Dies gilt etwa für die Analyse „vererbter Chancen“ und gesellschaftlicher Hierarchien in der intergenerationalen Perspektive sowie der gesellschaftlichen Bedeu-*

¹¹⁵ Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2007

tung der Funktion von „Eliten“. Ein Konsens über eine eindeutige konkrete begriffliche Bestimmung „privilegierter Lebenslagen“ in der Wissenschaft existiert nicht. (...) Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Vererbung von Ressourcen, speziell von Vermögen, aber auch die unterschiedliche Ausstattung mit sozialem oder kulturellem Kapital, das Vorhandensein persönlicher Netzwerke und der Zugang zu karriererelevanten Informationen sowie Aspekte des Habitus, z. B. Umgangsformen, Souveränität des Auftretens, hohe Allgemeinbildung usw..¹¹⁶ Im Zusammenhang mit Reichtum und Vermögen werden daher im deutschen Bericht die Fragen hohe Einkommen, Vermögensverteilung, Betriebs-, Gebrauchs-, Human- und Sozialvermögen, Erbschaften und privilegierte Lebenslagen zumindest ansatzweise behandelt.

Hohe Einkommen

„Bisher ist weder ein allgemein akzeptierter Begriff des Einkommensreichtums noch eine allgemeingültige Einkommenshöhe als Abgrenzung entwickelt worden“, heißt es im deutschen Bericht auch.¹¹⁷ Als Menschen „mit hohem Einkommen“ zählen in Deutschland Personen, die über mehr als das Doppelte (200%) des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (konkret mehr als 32.436 Euro) verfügten (1998 waren das 23% der deutschen Bevölkerung). Als willkürliche Grenze eingestuft wurde etwa das Erreichen eines Einkommens von einer Million, dessen Problematik sich bei Umstellung von DM auf Euro zeigte. Ebenso willkürlich sei aber auch, das oberste Einkommensprozent als reich zu bezeichnen, wie es etwa der österreichische Sozialbericht 2003/2004 tat.

Wir unternehmen in Anlehnung an den deutschen Bericht den Versuch, **Einkommensgrenzen** festzusetzen, was im Übrigen eine methodische Analogie zur Setzung von Einkommensgrenzen ist, ab denen Armutsgefährdung angenommen wird. Dieser Bericht übernimmt einerseits die deutsche Grenze der 200% des Medianeinkommens, ab der „**hohe Einkommen**“ beginnen (2005 wären das in Österreich 35.984 Euro verfügbares Nettoeinkommen gewesen). Und er definiert weiters als Einkommensgrenze, ab der „**Einkommensreichtum**“ bzw. „**Reichtumswahrscheinlichkeit**“ besteht, mit 400% des Medianeinkommens an, das waren 2005 71.968 Euro. Es ist etwa jene Grenze, die zu Zeiten der Schilling-Währung 1 Million Schilling entsprach. Wer so viel netto verdiente oder hatte, galt im allgemeinen Sprachgebrauch als „Millionär“ und somit als „reich“. Demnach hatten in Österreich im Jahr 2006 über 570.500 Menschen ein hohes Einkommen, etwa 88.600 von ihnen waren als einkommensreich zu bezeichnen.

¹¹⁶ BMAS: Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, S.61

¹¹⁷ BMAS: Lebenslagen in Deutschland - Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, S.49

Auch EU-SILC versucht eine Darstellung der Einkommenssituation in diesem Bereich und wies zuletzt (2006) 680.000 Menschen aus, die in Haushalten mit „hohem Einkommen“ (mehr als 180% des Medianeinkommens) lebten. Das waren etwa 8% der Bevölkerung.¹¹⁸

Personen mit hohem und sehr hohem Einkommen 2005

	Personen mit hohem Einkommen	Einkommensreiche	insgesamt
Unselbständig Erwerbstätige	24.100	2.400	26.500
selbständig Erwerbstätige	8.050	1.550	9.600
Insgesamt	32.150	3.950	36.200

Laut Lohnsteuerstatistik 2005 waren in Tirol im Jahr 2005 zumindest 22.900 aller Arbeitnehmerereinkommen (7%) und mindestens 3.600 Pensionen (2,7%) als hoch einzustufen. Die 7% ArbeitnehmerInnen mit hohem Einkommen vereinigen auf sich fast ein Viertel (22%) aller Arbeitnehmerereinkommen in Tirol. Die 2,7% PensionistInnen bekamen 11% aller Pensionen. 2.150 ArbeitnehmerInnen in Tirol und rund 250 PensionistInnen darunter konnten sogar als einkommensreich bezeichnet werden, hatten also Einkommen bzw. Pensionen von mehr als 400% des Medianeinkommens.¹¹⁹ 2002 – drei Jahre zuvor - waren in Tirol erst 21.100 (5%) aller lohnsteuerpflichtigen Einkommen als hoch zu bezeichnen, die zusammen erst knapp 17% aller Arbeitnehmerentgelte und Pensionen bekamen. Etwa 1.850 von ihnen konnten damals als „einkommensreich“ bezeichnet werden.¹²⁰ Das heißt, die Zahl der Menschen mit hohem Einkommen hat in Tirol innerhalb von nur drei Jahren um etwa 5.500 Personen (oder 26%) zugenommen, die Zahl der Einkommensreichen um über 550 (oder 29%). Das Einkommen der BezieherInnen hoher Einkommen haben in dieser Zeit um 26% oder etwa 387 Mio. Euro zugenommen, die Einkommen der „Reichen“ darunter ebenfalls um 26% (oder 71 Mio. Euro).

Die Einkommensteuerstatistik 2005 weist in Tirol 2005 etwa 9.600 Personen aus, die ein hohes einkommensteuerpflichtiges Jahreseinkommen hatten. Das waren etwa 11% aller rd. 84.500 selbständig Erwerbstätigen (und teilweise zusätzlich unselbständig) Erwerbstätigen. Sie vereinigen etwa 51% (1,1 Mrd. Euro) aller einkommensteuerpflichtigen Einkommen (2,2 Mrd. Euro) auf sich. Zumindest 1.550 (insgesamt 2%) von ihnen konnten als einkommensreich bezeichnet werden. Sie vereinigen auf sich 22% der zu versteuernden Einkommen (490 Mio. Euro).¹²¹ Die Zahl der Menschen mit hohem einkommensteuerpflichtigen Einkom-

¹¹⁸ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.112

¹¹⁹ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, S.157 und 168, eigene Berechnung

¹²⁰ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, S.162 und 173

¹²¹ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2005, S.62 und 112

men hat sich in Tirol gegenüber 2002 um etwa 620 Personen (7%) erhöht. Ihre Einkommen sind um rd. 3,5% gestiegen.¹²²

Insgesamt waren damit im Jahr 2005 36.200 Einkommen in Tirol als hoch einzustufen, 3.900 davon sogar als sehr hoch.

Die Einkommenssteuerstatistik für das Jahr 2006 ist noch ausständig, aber anhand der Lohnsteuerstatistik ist bereits der weitere Trend bis zum Jahr 2007 zu erkennen. So ist die Zahl der BezieherInnen hoher Einkommen in nur zwei Jahren um weitere 22% auf 32.400 Personen gestiegen, die Zahl der Einkommensreichen sogar um 33% auf 3.200 Personen.¹²³

Unter der Annahme, dass die Entwicklung der selbständig Erwerbstätigen sich ähnlich jener der unselbständig Erwerbstätigen verhält, gab es im Jahr 2006 10.750 selbständig Erwerbstätige mit hohen Einkommen, 1.800 einkommensreich. Im Jahr 2007 verfügten demnach etwa 13.100 selbständig Erwerbstätige über ein hohes Einkommen, 2.400 waren sogar einkommensreich.

Das bedeutet, dass sich die Zahl der Menschen mit hohen Einkommen in Tirol (unselbständig und selbständig Erwerbstätige sowie PensionistInnen) von 30.100 im Jahr 2002 auf 45.500 im Jahr 2007 erhöht hat. Das war eine Zunahme um mehr als 15.000 bzw. 51%, was dem Bundesdurchschnitt entspricht. 5.600 von ihnen sind sogar „einkommensreich“.

Berufsgruppen, die nicht nur hohe Einkommen erreichen, sondern unter denen Einkommensreiche häufig anzutreffen sind, sind Angestellte in führender Tätigkeit (Geschäftsleiter, Geschäftsbereichsleiter), öffentlich Bedienstete mit hochqualifizierter oder führender Tätigkeit, Ärzte (vor allem die Fachärzte), Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Realitätenhändler sowie Angehörige von gesetzgebenden Körperschaften. Männer sind in diesen Einkommensgruppen weit stärker vertreten als Frauen.

Große Geldvermögen

Die Höhe des Einkommens entscheidet über das verfügbare Einkommen, die Fähigkeit zur Vermögensbildung, die Höhe von Vermögen und Einkommen daraus.

Über vorhandene Geldvermögen gibt die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung der Oesterreichischen Nationalbank Auskunft. Danach hatten zuletzt (2007) die Privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck in Österreich Geldvermögen im Umfang von 454,5 Mrd. Euro.¹²⁴ Pro Haushalt waren dies durchschnittlich 128.500 Euro. Umgelegt auf die rund 282.200¹²⁵ Haushalte in Tirol waren im Jahr 2007 rd. 36,2 Mrd. Euro an Geldvermö-

¹²² Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2002, S.108

¹²³ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S.176, S.187, eigene Berechnungen

¹²⁴ www.oenb.at

¹²⁵ www.statistik.at

gen in Privaten Haushalten und Organisationen vorhanden. Dazu kommen die Geldvermögen der Wirtschaft (ohne Finanzwirtschaft), in Österreich waren das 2007 297,3 Mrd. Euro¹²⁶ oder durchschnittlich 2,9 Mio. Euro pro Unternehmen. Umgerechnet auf die etwa 8.000 Unternehmen (Kapital- und Personengesellschaften) in Tirol waren das weitere 23,3 Mrd. Euro Geldvermögen in Wirtschaftsunternehmen¹²⁷.

Die Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung hat auch eine Ungleichmäßigkeit der Vermögensverteilung zur Folge. Haushalte mit geringen Einkommen verfügen in der Regel über kein oder wenig Geldvermögen, umso mehr dagegen Haushalte mit hohem Einkommen. Detailliertere Ergebnisse über die Verteilung der Geldvermögen in Österreich gab erst der Sozialbericht 2007/2008 mit der „**Geldvermögensbefragung 2004**“ der Oesterreichischen Nationalbank wieder. Danach vereinigt das oberste Zehntel der Geldvermögensbesitzer zusammen 54% aller Geldvermögen, das oberste Prozent 27% der Geldvermögen. Den reichsten 10% standen durchschnittlich 290.000 Euro Geldvermögen zur Verfügung. Menschen mit hohem Einkommen, mit höherer Bildung, Menschen im Erwerbsalter und mit Immobilienbesitz haben die größten Geldvermögen. Die soziale Gruppe mit den mit Abstand höchsten Geldvermögen sind Unternehmer. Als Folge davon sind auch die „*Erbchancen sozial ungleich verteilt*“.¹²⁸

Eine weitere Quelle, die konkrete Hinweise über Geldvermögen gibt, ist der jährlich erscheinende „**World Wealth Report**“ von *Cap Gemini Ernst & Young und Merrill Lynch*. Er weist für Österreich zuletzt (Report 2008) rund 77.700 Dollar-MillionärInnen aus (plus 7% gegenüber dem Vorjahr), also Menschen, die Geldvermögen von jeweils mehr als 1 Mio. Dollar (aktuell ca. 670.000 Euro) besaßen. Das waren etwa 0,9% der Bevölkerung Österreichs.¹²⁹

Umgelegt auf Tirol (rund 8% der österreichischen Bevölkerung) würde das etwa 6.650 „Dollar-Millionäre“, solche sogenannte „High Net Worth Individuals“ bedeuten. Mehr als in anderen Kontinenten entsteht in Europa dieser Reichtum (zu 50%) durch den Besitz oder Verkauf von Unternehmen, zu 19% durch ein Erbe, zu 13% durch Einkommen, zu 10% durch erfolgreiche Investitionen. In Österreich dürften 70% des Reichtums in Unternehmensbeteiligungen angelegt sein, 20% in Immobilien und knapp 10% in Finanzanlagen.

Wenn sich die Situation in Tirol nicht wesentlich von der österreichischen und europäischen unterscheidet, so hatten diese rund 6.650 TirolerInnen Geldvermögen von durchschnittlich 4 Mio. Dollar (2,7 Mio. Euro) bzw. zusammen etwa 17,8 Mrd. Euro. Nicht berücksichtigt sind in diesen Berichten die Sachvermögen.

Nicht berücksichtigt sind in diesen Berichten die Sachvermögen.

¹²⁶ www.oenb.at

¹²⁷ Statistik Austria: Körperschaftsteuerstatistik 2004, S. 41

¹²⁸ Sozialbericht 2007-2008, S. 275 ff.

¹²⁹ www.at.capgemini.com

Betriebsvermögen der Wirtschaft

Die Bruttowertschöpfung der Wirtschaft in Tirol betrug zuletzt (2006) rd. 20,5 Mrd. Euro. Die ertragreichsten Wirtschaftsbereiche waren die Sachgütererzeugung (4,02 Mrd. Euro), das Beherbergungs- und Gaststättenwesen (2,58 Mrd. Euro), der Handel und Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern (2,12 Mrd. Euro), sowie der Verkehr und Nachrichtenübermittlung (1,54 Mrd. Euro).¹³⁰

Wirtschaftsbranchen, die mit Sachvermögen (vor allem Grundstücken, Gebäuden und Maschinen) als Erwerbsvermögen tätig sind, sind vor allem die Sachgütererzeugung, der Handel, das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, das Realitätenwesen, aber auch zahlreiche Dienstleistungsbranchen.

Zur Sachvermögensbildung investierte die Tiroler Wirtschaft 2006 brutto 6,8 Mrd. Euro.¹³¹ Solche Investitionen umfassen Nutztiere und Nutzpflanzungen, Bauten, Ausrüstungen (wie Fahrzeuge, Maschinen und Einrichtungen) sowie immaterielle Anlagegüter (wie Computerprogramme oder Urheberrechte).

Immobilien, die betrieblichen Zwecken dienen, sind vor allem Hotels und Beherbergungsbetriebe, Bürogebäude, Groß- und Einzelhandelsgebäude, gewerbliche Garagen, Industrie- und Lagergebäude, Bergbau- und Förderanlagen, Wohnhäuser sowie landwirtschaftliche Betriebsgebäude. Die Gebäude- und Wohnungszählung 2001 ergab für Tirol 28.009 Gebäude¹³², die überwiegend wirtschaftlichen Zwecken (Werkstätten, Industrie- und Lagerhallen, Hotels und Gasthäuser, Bürogebäude usw.) dienen. Zum Betriebsvermögen sind auch Grundflächen zu zählen, die der Bodenbewirtschaftung (Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden usw.) oder als Lager- und Verkehrsflächen dienen. Unter Heranziehung der Bewertungsmethodik der Arbeiterkammer in ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftsteuer“ ergibt sich ein Gebäudewert von etwa 10,1 Mrd. Euro.¹³³

Die Häuser- und Wohnungszählung 2001 weist für Tirol außerdem 13.723 Wohnungen¹³⁴ aus, die im Eigentum von Unternehmen standen und primär der Erzielung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen dienten. Wiederum unter Heranziehung der Bewertungsmethodik der Arbeiterkammer gab sich ein Gebäudewert von etwa 424 Mio. Euro.¹³⁵

¹³⁰ Statistik Austria: Regionale Gesamtrechnungen

¹³¹ vgl. Statistik Austria: Regionale Gesamtrechnungen

¹³² Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung – Hauptergebnisse Tirol, S.12

¹³³ nach dieser Bewertungsmethode ist auch die Arbeiterkammer bei ihrer Studie „Vermögen, Erben und Erbschaftsteuer in Österreich“ 1997 vorgegangen

¹³⁴ Statistik Austria:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohnen_und_gebaeude/bestand_an_gebaeuden_und_wohnungen/022985.html (Stand: 29.01.2009)

¹³⁵ auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der Arbeiterkammer 1997

Die Einheitswertstatistik 1989 war die letzte ihrer Art, weil sie vor allem der Vermögensbesteuerung diente und diese 1994 abgeschafft wurde, sodass aktuellere Bewertungen des Sachvermögens der Gewerbe- und Industriebetriebe Österreichs – insbesondere der beweglichen Wirtschaftsgüter wie Maschinen und Geräte - nur annäherungsweise möglich sind.

Kraftfahrzeuge stellen ein beträchtliches und wichtiges Erwerbsmögen dar. In Tirol waren Ende 2007 92.011 Kraftfahrzeuge registriert, die Erwerbszwecken dienen (als Lkw, Kombi, Zugmaschinen, Anhänger, Arbeitsmaschinen, Pkw zur Güterbeförderung).¹³⁶ Die Land- und Forstwirtschaft war davon Fahrzeughalter von 19.361 Fahrzeugen. Legt man wiederum die Bewertungsregeln der AK zugrunde, so haben die landwirtschaftlichen Kfz einen Wert von etwa 163 Mio. Euro, die anderen Kfz der Wirtschaft von zusammen etwa 629 Mio. Euro, zusammen also einen Wert von etwa 792 Mio. Euro.¹³⁷

Land- und Forstwirtschaftliches Vermögen

Die Wertschöpfung der Tiroler Land- und Forstwirtschaft betrug zuletzt (2006) 252 Mio. Euro, was 1,2% des Bruttoregionalproduktes betrug.¹³⁸

Ausgehend von einer Bewertung des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens in Österreich durch die Arbeiterkammer 1997 und unter Heranziehung einer Studie des Marktforschungsinstituts *Kreutzer, Fischer und Partner*¹³⁹ zur Neubewertung von landwirtschaftlichen Flächen, Gebäuden und Betriebsmitteln, ergibt sich für die 9.423 km² land- und forstwirtschaftlichen Gesamtfläche Tirols ein Wert von etwa 23,9 Mrd. Euro.

Unter Zugrundelegung einer Untersuchung zu den Buchführungsergebnissen der heimischen Landwirtschaft aus 1993 und einer Wertsteigerung um 4,4% p.a. für land- und forstwirtschaftlichen Flächen ergibt sich aktuell ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude in Tirol von etwa 12,2 Mrd. Euro.

Die Betriebsmittel umfassen schließlich die Pflanzen- und Viehbestände, Maschinen, Geräte, Vorräte, Geld und landwirtschaftlichen Nebenerwerb durch Gästebeherbergung. Unter Zugrundelegung der allgemeinen Preissteigerung ergibt sich ein Wert der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsmittel in Tirol von derzeit etwa 6,1 Mrd. Euro.

Einschließlich der Kraftfahrzeuge ist das land- und forstwirtschaftliche Sachvermögen in Tirol aktuell mit etwa 42,4 Mrd. Euro zu bewerten. Es ist zum überwiegenden Teil Erwerbsvermögen, zum geringeren Teil (wie die Wohnungen) Gebrauchsvermögen, zu einem bestimmten Teil aber auch Spekulationsvermögen (in Form von Bauland).

¹³⁶ Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2007, S.320

¹³⁷ auch diese Bewertungsmethode entspricht jener der AK-Studie 1997

¹³⁸ Statistik Austria: Regionale Gesamtrechnungen

¹³⁹ APA0452, 24.2.2004

Gebrauchs- und Verbrauchsvermögen

Gebrauchsvermögen sind langlebige Güter, die dem Eigenbedarf dienen. Verbrauchsvermögen sind Güter, die noch unmittelbarer der Befriedigung eigener Bedürfnisse dienen wie Hausrat, Möbel oder Bekleidung. Wir konzentrieren uns auf das Gebrauchsvermögen an Wohnungen und Kraftfahrzeuge.

Die Arbeiterkammer konnte bei ihren Schätzungen 1997 auf die Grundwerbstatistik 1993 stützen. Die letzte Grunderwerbsstatistik erschien 1995, sodass heute für eine Bewertung einerseits die Immobilienpreisspiegel als Messgröße und Orientierung herangezogen werden müssen, bei denen die Verkaufspreise allerdings – je nach Region und Lage – enorm schwanken, andererseits die durchschnittlichen kapitalisierten Mieten und Ertragswerte.

Aus Zahl, Größen und Preisen für gebrauchte Eigentumswohnungen mit mittlerem bis gutem Wohnwert in Tirol errechnen wir unter Berücksichtigung der Zahl der selbstgenutzten Eigentumswohnungen (2001 43.415) bei einer durchschnittlichen Größe von 85,3m² einen durchschnittlichen Wert von 1.568 Euro/m² (im Jahr 2008). Für selbstgenutzte Einfamilienhäuser (2001: 101.935) mit mittlerem bis gutem Wohnwert ergab sich bei einer durchschnittlichen Größe von 128,8m² ein Durchschnittspreis von 2.048 Euro/m² (im Jahr 2008).¹⁴⁰ Daraus ergab sich 2008 ein Gesamtwert der selbstbenützten Eigentumswohnungen in Tirol von etwa 5,8 Mrd. Euro und der selbstbenützten Einfamilienhäuser von etwa 26,9 Mrd. Euro, zusammen demnach etwa 32,7 Mrd. Euro.

Ein erhebliches Gesamtvermögen stellen auch die 503.692 Kraftfahrzeuge dar, die Ende 2007 registriert waren. Von diesen waren 92.011 dem Erwerbsvermögen zuzurechnen sowie 14.098 Behörden, öffentlichen Unternehmen und Verbänden. 397.583 Kraftfahrzeuge standen im Eigentum von unselbständig Erwerbstätigen.¹⁴¹ Legt man wiederum die Bewertungsregeln der AK zugrunde, so ergibt sich der Wert dieser Fahrzeuge in Tirol 2007 von 1,83 Mrd. Euro.

Erbschaften

Durch Erbschaften und Schenkungen werden in Österreich jährlich schätzungsweise etwa 5 Mrd. Euro zwischen den Generationen transferiert, in Tirol schätzungsweise 422 Mio. Euro. Für etwa 2,5% aller Haushalte – etwa 17.500 Menschen in Tirol - verändert sich dadurch jedes Jahr die Vermögenssituation. Die durchschnittliche Erbschafts- bzw. Schenkungssumme beträgt rund 50.000 Euro. Erbschaften haben je nach vorheriger Vermögenssituation

¹⁴⁰ Zahlen aus: Statistik Austria: Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 2001, S.96; Statistik Austria: Wohnen 2007 – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus, S.34; Immobilienpreisspiegel 2008

¹⁴¹ Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge Bestand 2007, S.320

einen unterschiedlichen Einfluss auf die Vermögensausstattung der Haushalte. Für Haushalte mit geringem Vermögen stellen Erbschaften eine bedeutsame Quelle des persönlichen Vermögensaufbaus dar. Für bereits begüterte Haushalte macht die Vermögensübertragung demgegenüber einen geringeren Anteil ihres Vermögens aus.

Humanvermögen

Bei der Darstellung von Reichtum und Vermögen sind auch immaterielle Bereiche zu betrachten, die über das messbare Geld- und Sachvermögen hinaus gehen. Reichtum und Vermögen „vermögen“ für ihre Nutznießer vieles: bessere Gesundheit, bessere Bildung und Ausbildung, bessere Chance auf Einkommen, mehr Einfluss auf Wirtschaft, Gesellschaft, Medien und Politik u.a.m.

„Jede Form der weiterführenden Bildung reduziert die Einkommensarmut“, stellt der Sozialbericht 2003-2004 klar fest.¹⁴² **Bildung** ist keine Garantie, aber eine Voraussetzung für höheres Einkommen. 53% der AkademikerInnen und 38% der MaturantInnen in Österreich befinden sich im obersten Einkommensviertel, aber nur 13% jener, die keinen oder nur Pflichtschulabschluss haben.¹⁴³

Im Abschnitt „Bildung verringert das Armutsrisiko“ wurde darauf hingewiesen, dass das Bildungsniveau der erwerbstätigen TirolerInnen leicht vom österreichischen Durchschnitt abweicht.

Höchste abgeschlossene Schulbildung (15 Jahre und älter) 2001¹⁴⁴

	Tirol	in %	Ö in %
Universität oder Fachhochschule	28.904	5,3	5,8
Berufs- und Lehrerbildende Akademie	9.892	1,8	1,7
Berufsbildende Höhere Schule, Kolleg	30.418	5,5	6,3
Allgemeinbildende Höhere Schule	24.806	4,5	5,2
Berufsbildende Mittlere Schule	69.331	12,6	11,5
Lehrlingsausbildung	182.178	33,1	33,9
Allgemeinbildende Pflichtschule	204.120	37,1	35,7

Die Ergebnisse der Volkszählung 2001 zeigen, dass Tirol – bei allen Personen über 15 Jahren (auch nicht Erwerbstätige) - bei höheren Bildungsabschlüssen eher unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegt und bei Pflichtschulabschlüssen leicht über dem Bundesdurchschnitt. Das wirkt sich natürlich auch auf die Erwerbstätigenquote ebenso aus wie auf

¹⁴² BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.219

¹⁴³ Statistik Austria: EU-SILC 2006, S.110

¹⁴⁴ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II - Tirol, S.18

die durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen von ArbeitnehmerInnen aus, die in Tirol 7,5% unter dem Bundesdurchschnitt liegen.¹⁴⁵

Die **Verteilung der Bildungsabschlüsse** variiert nach Geschlecht, Region und Nationalität. Männer erreichen noch ein höheres durchschnittliches Bildungsniveau als Frauen. Sie sind bei den akademischen Abschlüssen stärker vertreten, während Frauen häufiger keinen berufsqualifizierenden Abschluss besitzen. Bei MigrantInnen ist der nicht berufsqualifizierende Abschluss am häufigsten vertreten. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem schlägt die soziale Herkunft nach wie vor stark über Bildung auf die berufliche Platzierung durch.

Reiche, vermögende TirolerInnen

Das österreichische Wirtschaftsmagazin TREND¹⁴⁶ gibt den Reichen und Vermögenden in Österreich seit einigen Jahren konkrete Namen. Unter den 100 reichsten ÖsterreicherInnen befanden sich zuletzt wiederum einige TirolerInnen.

Die reichsten TirolerInnen 2008 (geschätztes Vermögen in Euro)¹⁴⁷

Name	Platz	Vermögen
Der Swarovski Clan	13	2 Milliarden Euro
Egger, Michael & Fritz	zwischen 51 und 100	-
Benko, René	zwischen 51 und 100	-
Schwarzkopf, Michael & Hilde	zwischen 51 und 100	-

Steuerpolitik wirkt als Verteilungsinstrument

Die allgemeine Wirtschaftspolitik und -entwicklung, die Lohn- und Beschäftigungspolitik, die Bildungspolitik, die öffentliche Haushaltspolitik, das Geschlecht, die Zinspolitik, Sozial- und Sozialversicherungsleistungen, aber auch Spekulation mit Vermögen bewirken und verstärken Unterschiede in den Einkommen und Vermögen der Bevölkerung und fördern das Entstehen von Armut und Reichtum.

In ganz besonderem Maße tut dies aber die Steuerpolitik. Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum. Auch in Tirol.

¹⁴⁵ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2009, Kap. 9.07, S.236

¹⁴⁶ TREND. Das österreichische Wirtschaftsmagazin 7/2008

¹⁴⁷ Privatstiftungen: Quellen: Kreditschutzverband, Kreditforum Österreich, Hoppenstedt

1. Besteuerung von Einkommen

Bei der Besteuerung von Einkommen unterscheidet das österreichische Steuerrecht im Wesentlichen zwischen natürlichen und juristischen Personen. Die Besteuerung der natürlichen Personen ist im Einkommensteuergesetz geregelt, die Besteuerung der juristischen Personen im Körperschaftsteuergesetz.

Einer unbeschränkten **Einkommensteuerpflicht** unterliegen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus einem Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung. Steuermindernd wirken *Sonderausgaben*, *Außergewöhnliche Belastungen* und *Werbungskosten*. Steuerfreie Einkommen sind sehr häufig die Einkünfte aus umverteiltem Einkommen wie etwa Leistungen aus öffentlichen Mitteln (v.a. Sozialleistungen) und auch bestimmte Teile von Arbeitnehmereinkünften, die der Lohnsteuer unterliegen.

Für Einkommen gilt in der Regel eine jährliche Erklärung der Einkünfte in einer Einkommenssteuererklärung. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit wird die Einkommensteuer in Form der Lohnsteuer durch den Arbeitgeber einbehalten bzw. an die Finanzbehörde abgeführt.

In Tirol mussten zuletzt (2007) von den 338.789 Arbeitnehmereinkommen 266.781 (79%) aufgrund des Erreichens einer bestimmten Einkommenshöhe Lohnsteuer bezahlen. Von einem durchschnittlichen Brutto-Einkommen von 24.019 Euro pro Jahr wurden 3.427 Euro (oder 14,3%) als Lohnsteuer einbehalten und weitere 16,1% an Sozialversicherungsbeiträgen. Insgesamt betragen die Arbeitnehmereinkünfte in Tirol im Jahr 2007 8,14 Mrd. Euro, von denen 1,16 Mrd. Euro als Lohnsteuer und 1,31 Mrd. Euro als Sozialversicherungsbeiträge einbehalten wurden.¹⁴⁸ Im Jahr 2002 waren es 6,73 Mrd. Euro bzw. 938 Mio. Euro Lohnsteuern und 1,08 Mrd. Euro an Sozialversicherungsbeiträgen.¹⁴⁹

Die 140.794 Pensionen in Tirol (durchschnittliche Höhe 18.033 Euro brutto jährlich) wurden 2007 mit durchschnittlich 11,9% (2.143 Euro) Lohnsteuer besteuert. Insgesamt betragen die Pensionen in Tirol im Jahr 2007 brutto 2,54 Mrd. Euro, von denen 302 Mio. Euro an Lohnsteuer einbehalten wurden.¹⁵⁰ Im Jahr 2002 waren es 2,11 Mrd. Euro bzw. 262 Mio. Euro an Lohnsteuer und 89 Mio. Euro an Sozialversicherungsbeiträgen.¹⁵¹

84.528 Personen wiesen in Tirol zuletzt (2005) einkommensteuerpflichtige Einkünfte von zusammen 2,23 Mrd. Euro aus, von denen 687 Mio. Euro an Lohn- und Einkommensteuer zu zahlen waren. Sie mussten im Jahr 2005 von ihren steuerpflichtigen Einkünften in Höhe

¹⁴⁸ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S.176

¹⁴⁹ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, S.144

¹⁵⁰ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S.182

¹⁵¹ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, S.154

von durchschnittlich 26.366 Euro durchschnittlich 30,8% (8.124 Euro) an Lohn- und Einkommensteuer bezahlen (zum Vergleich: 2002 waren es durchschnittlich 25.730 Euro bzw. 32,8% oder 8.448 Euro). Von diesen 84.528 Personen (2002: 81.308) waren 29.610 (2002: 29.165) ausschließlich selbständig erwerbstätig, 54.918 (2002: 52.143) hatten auch Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit.¹⁵²

Nicht-natürliche, also juristische Personen zahlen für ihre Einkommen **Körperschaftsteuer**. Einer unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht unterliegen im Wesentlichen Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Vereine, Anstalten, Stiftungen, andere Zweckvermögen und sonstige juristische Personen des privaten Rechts. Von der Körperschaftsteuer befreit sind v.a. öffentliche und gemeinnützige Unternehmungen und Vereinigungen, Pensions- und Unterstützungskassen, land- und forstwirtschaftliche Genossenschaften, kollektivvertragsfähige Berufsvereinigungen und auch Privatstiftungen, für die es im Körperschaftssteuergesetz sogar ausführliche „Sondervorschriften“¹⁵³ gibt. Es dürfen zahlreiche Betriebsausgaben steuermindernd geltend gemacht werden. Die Körperschaftssteuer ist im Gegensatz zur Einkommensteuer nicht progressiv gestaltet. Der Steuersatz betrug bis 2004 34%, seit 2005 nur mehr 25%. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer wurden im Bundesfinanzgesetz 2008 mit 5,9 Mrd. Euro veranschlagt.

Von den zuletzt (2004) 8.031 „Veranlagungsfällen“ in Tirol waren 4.991 Unternehmen (oder 52,1%) „Steuerfälle“, die Gewinne auswiesen, 37,9% (oder 3.040) dagegen wiesen gegenüber der Finanz Verluste aus. Die Steuerfälle wiesen zusammen ein zu versteuerndes Einkommen von 945 Mio. Euro (= durchschnittlich 189.363 Euro pro Betrieb) auf, von dem noch etwa 327 Mio. Euro (35%) an Körperschaftssteuer (= durchschnittlich etwa 65.592 Euro pro Unternehmen) zu zahlen waren. 37,9% aller Unternehmen in Tirol (3.040) hatten kein zu versteuerndes Einkommen ausgewiesen und lediglich Mindestkörperschaftssteuer zu zahlen.¹⁵⁴ Noch vier Jahre zuvor (2000) – im einem Jahr wirtschaftlicher Konjunktur - waren nur 43% der Unternehmen in Tirol Steuerfälle, die Gewinne von durchschnittlich 278.693 Euro auswiesen und davon 35% (oder 97.510 Euro pro Unternehmen) an Körperschaftssteuer zahlten.¹⁵⁵

Bei Einkünften aus inländischen Kapitalvermögen sind 25% von natürlichen wie auch juristischen Personen als **Kapitalertragsteuer** abzuführen. Auch die Kapitalertragssteuer ist im Einkommensteuergesetz geregelt. Bei natürlichen Personen wird die Kapitalertragsteuer auf Einkünfte wie Bankzinsen, Dividenden, Bezügen aus Wertpapieren durch die kontoführende

¹⁵² Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2005, S.62 f. und Einkommensteuerstatistik 2002, S.54 f.

¹⁵³ Körperschaftssteuergesetz 1988 in der Fassung BGBl. 80/2003 § 13

¹⁵⁴ Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2004, S.46f.

¹⁵⁵ Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2000, S.44f. und 120

Bank einbehalten und an die Finanzbehörde abgeführt (Prinzip des „Quellensteuerabzuges“). Juristische Personen wie Unternehmen haben beispielsweise für Gewinnausschüttungen, Privatstiftungen für Zuwendungen an begünstigte Personen Kapitalertragsteuer zu bezahlen.

Natürliche Personen haben in Tirol 2006 als ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen an Lohnsteuer etwa 1,46 Mrd. Euro bezahlt, als Selbständige an Einkommensteuer etwa 447 Mio. Euro und schätzungsweise an Kapitalertragsteuer für Zinsen 43,5 Mio. Euro.¹⁵⁶ Das waren zusammen 1,95 Mrd. Euro. Juristische Personen haben in Tirol 2004 rd. 327 Mrd. Euro an Körperschaftssteuer und schätzungsweise weitere 28 Mio. Euro an Kapitalertragsteuer bezahlt, das waren zusammen 355 Mio. Euro.

Das System der Einkommensbesteuerung ist in Österreich grundsätzlich progressiv gestaltet: je höher das Einkommen, umso höher der Prozentsatz, der als Einkommen- oder Lohnsteuer abgeführt werden muss (bis zu 50%). Diese Tarifstaffelung ist für die Einkommen- und Lohnsteuer gleich. Das progressive Prinzip gilt allerdings nicht bei der Kapitalertragsteuer, wo ein einheitlicher Steuersatz von 25% gilt. Und es gilt nicht bei der Körperschaftssteuer, wo ebenfalls seit 2005 einheitlich 25% vom Gewinn zu zahlen ist. **Das Steuerrecht in Österreich besteuert also Einkommen in sehr unterschiedlicher Weise.** Eine in Österreich zeitweise diskutierte einheitliche Einkommensbesteuerung („flat tax“ in Höhe von 25%) würde – wenn es zu keiner Steuererhöhung für kleine Einkommen kommen soll – daher lediglich zu einer Senkung der Steuern für hohe Einkommen und damit erheblichen Einnahmenausfällen in öffentlichen Haushalten führen.

2. Besteuerung der Einkommensverwendung (Umsatz und Verbrauch)

Die Einkommensverwendung wird durch die Umsatzsteuer, Verkehrs- und Verbrauchsteuern besteuert.

Die **Umsatzsteuer** wurde in der heutigen Form 1973 als „Mehrwertsteuer“ eingeführt. Sie ist mit einem veranschlagten Ertrag von 21,7 Mrd. Euro 2008 die ertragreichste Steuer in Österreich. Die Steuersätze sind für bestimmte Waren- und Leistungsgruppen festgelegt. Zwischen 1978 und 1994 bestand in Österreich eine Sonderform der Umsatzsteuer, die „Luxussteuer“, eine Umsatzsteuer auf wertvolle Gegenstände wie Autos, Schmuck, Teppiche, Pelzmäntel, Antiquitäten usw. in Höhe von zunächst 30%, ab 1984 32%. Mit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 wurde sie abgeschafft.

Verbrauchssteuern zählen zu den ältesten Formen der Besteuerung. Zu ihnen zählen die Tabak-, Bier-, Mineralöl- und Alkoholsteuer. Die Steuersätze sind für bestimmte

¹⁵⁶ Vgl. dazu u.a. Einkommensteuerstatistik 2005, S.63

Verbrauchsmengen festgelegt. Ihr Gesamtertrag wurde für 2008 mit 5,46 Mrd. Euro veranschlagt, wobei die Mineralölsteuer (mit 3,8 Mrd. Euro) und die Tabaksteuer (mit 1,35 Mrd. Euro) für den Großteil der Einnahmen sorgen sollen.

Verkehrssteuern besteuern den Verbrauch (wie die Energieabgabe), spezielle Umsätze (wie Versicherungsverträge, Wetteinsätze, Werbemaßnahmen), vor allem aber den Erwerb und Betrieb von Kraftfahrzeugen. Die wichtigsten Verkehrssteuern sind die motorbezogene Versicherungssteuer, die Versicherungssteuer, die Energieabgabe, die Normverbrauchsabgabe, die Spielbankabgabe und die Konzessionsabgabe. Der Gesamtertrag dieser Verkehrssteuern wurde für 2008 mit 5,16 Mrd. Euro veranschlagt.

Die Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern machen mit zusammen 32,3 Mrd. Euro im Jahr 2008 fast die Hälfte der veranschlagten Steuereinnahmen des Bundes aus. Sie nehmen auf die persönliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen kaum Rücksicht. Progressive Elemente sind nur in ganz wenigen Steuern vorhanden (vor allem bei den Kfz-Steuern, allerdings aus ökologischen Gründen). Es gibt auch nur wenige Ausnahmen von dieser Steuerpflicht. Indirekte Steuern belasten daher kleine Einkommen relativ stärker als höhere Einkommen. Es wird lediglich eine „aufwendigere Lebensweise“ stärker besteuert als eine sparsamere, zu der Einkommensschwächere aber ohnehin gezwungen sind.

Umgelegt auf Tirol würde das bedeuten, dass angenommen werden kann, dass die Tiroler Bevölkerung jährlich etwa 2,7 Mrd. Euro an Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern bezahlt. Das sind durchschnittlich etwa 3.900 Euro pro Kopf und Jahr bzw. etwas mehr als 9.600 Euro pro Haushalt¹⁵⁷ und Jahr bzw. monatlich pro Kopf 324 Euro und pro Haushalt 805 Euro.

3. Besteuerung von Vermögen

Die Besteuerung von Vermögen war historisch meist die Hauptsteuer, eine direkte Steuer auf Eigentum an Sachgütern und wirtschaftlich verwertbaren Rechten, die entweder direkt die Vermögenssubstanz oder nur den Vermögensertrag (Zinsen, Mieten, Dividenden) oder auch den Vermögensverkehr besteuert hat. Dem ist heute nicht mehr so. Sie machen nur mehr 5% der gesamten Steuereinnahmen aus.

Besteuerung von Geldvermögen

„*Österreich ist ein Steuerparadies für Reiche*“ und „*ein guter Platz für Reiche, die ungern Steuer zahlen*“ titelten Österreichs Tageszeitungen, als im Frühjahr 2003 ein Studie der Hy-

¹⁵⁷ 282.000 Haushalte (www.statistik.at)

po Investmentbank Liechtenstein veröffentlicht wurde, welche Österreich als „*steueroptimalen Wohnsitz*“ für Reiche empfahl.¹⁵⁸

Seit der Abschaffung der Vermögenssteuer 1994 ist die **Kapitalertragsteuer** die wichtigste Steuer in Österreich, die am Geldvermögen ansetzt, allerdings nur am Kapitalertrag, also den Einkünften aus dem Kapital, nicht am Kapital selbst. Sie beträgt 25% der Kapitaleinkünfte. Angesichts des Umstandes, dass die Oesterreichische Nationalbank zu Jahresende 2007 Geldvermögen in Österreich von insgesamt 2.155 Mrd. Euro auswies, machte sich der Erlös der Kapitalertragssteuer im Jahr 2008 mit veranschlagten 2,5 Mrd. Euro¹⁵⁹ bescheiden aus. Dies waren gerade einmal 0,12% gemessen an den gesamten Geldvermögen.

Der **Erbschafts- und Schenkungssteuer** unterlagen bisher sowohl Geld- wie auch andere Sachvermögen. Erwerber eines Geld- oder Sachvermögens durch Schenkung (im Schenkungsfall: auch der Geschenkgeber) unterlagen der Schenkungssteuerpflicht. Der Erwerb eines Sachvermögens von Todes wegen unterlag der Erbschaftssteuer (bei Geldvermögen gilt die Kapitalertragsteuer als Endbesteuerung). Der Steuersatz war sehr progressiv und betrug 2 bis 60%, je nach Verwandtschaftsverhältnis und Größe des Vermögens. Der für 2007 noch einmal veranschlagte Ertrag aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer wurde mit 135 Mio. Euro angesetzt. Die durchschnittliche Höhe pro Fall betrug zuletzt lediglich 1.025 Euro.¹⁶⁰

Besteuerung von Grund und Boden

Der Besitz und der Erwerb von Grund und Boden werden in Österreich besteuert, und auch – zumindest teilweise - die Nichtnutzung. Allerdings ebenfalls in sehr geringem Maße.

Inländischer Grundbesitz wird in Österreich mit der **Grundsteuer** besteuert, die im Grundsteuergesetz geregelt ist. Für Grundstücke gilt dabei im Wesentlichen eine Steuermesszahl von 0,2% des Einheitswertes, für geringe Einheitswerte etwas weniger, für höhere etwas mehr, bei Einfamilienhäusern mehr, im Mehrgeschosswohnbau weniger. Der Steuermessbetrag wird noch durch einen Hebesatz erhöht, den die Gemeinden bis zu einer gesetzlichen Höchstgrenze festsetzen können, wodurch sich dann der tatsächliche Jahresbetrag ergibt. Durch das Zusammenwirken von Steuermesszahlen und Hebesätzen ergibt somit im Allgemeinen eine Grundsteuer in der Höhe von rund 0,8% des Einheitswertes pro Jahr, wo-

¹⁵⁸ Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“, Vaduz 2003

¹⁵⁹ Bundesfinanzgesetz 2008, S.109

¹⁶⁰ Vgl. dazu Karl Goldberg; „Vermögensbesteuerung – ein internationaler Vergleich“, ÖGPP, Wien 2008, S.75

durch sie „*nicht ins Gewicht fällt*“, wie die Studie der Liechtensteinischen Bank richtigerweise feststellt.¹⁶¹

Ausgenommen von der Grundsteuerpflicht sind im wesentlichen öffentlich und gemeinnützig genutzter Grundbesitz sowie aufgrund landesgesetzlicher Befreiungen vielfach auch der Eigenheimbau. Die letzte Einheitswertfeststellung in Österreich erfolgte zum 1.1.1973. Seither erfolgten drei Einheitswerterhöhungen und seit 1983 nur mehr gesetzliche Anhebungen der Hebesätze.

Die Erträge aus der Grundsteuer betragen im Jahr 2005 528,6 Mio. Euro.¹⁶² Rückgerechnet ergeben sich daraus Einheitswerte für Grund und Boden in Österreich von 66,1 Mrd. Euro. Der tatsächliche Wert lag aber bei etwa 695 Mrd. Euro, war also schon vor wenigen Jahren um mehr als das Zehnfache höher.¹⁶³ Dies entspricht auch jenen Ergebnissen der Arbeiterkammerstudie zu den Vermögen in Österreich aus 1997, die das land- und forstwirtschaftliche Vermögen mit dem Neuneinhalbfachen des Einheitswertes bewertete, das Roh-Betriebsvermögen abzüglich Schulden und Rücklagen mit dem Zehnfachen des saldierten Einheitswertes und für die Bauten in der Kapitalstockrechnung das Elffache des Einheitswertes der Betriebsgrundstücke errechnete.

Die **Bodenwertabgabe** soll als Zusatzbesteuerung zur Grundsteuer die Spekulation durch Nichtnutzung eindämmen. Bemessungsgrundlage ist ebenfalls der Einheitswert. Die Steuerhöhe beträgt 1% des den Betrag von 14.600 Euro übersteigenden Einheitswertes. Der Finanzminister veranschlagte die Erträge aus der Bodenwertabgabe im Jahr 2008 allerdings mit nur 5 Mio. Euro. Die **Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben** haben diese für ihre betrieblich genutzten Flächen zu bezahlen. Sie bemisst sich, da dieses Vermögen vor allem in Form von Grundbesitz besteht, ebenfalls am Messbetrag für die Grundsteuer sowie an ähnlich den Hebesätzen gestalteten, aber bundesgesetzlich einheitlich geregelten Erhöhungsbeträgen (derzeit das Vierfache des Steuermessbetrages), die allerdings seit 1985 unverändert sind. Ihr Ertrag für 2008 wurde vom Finanzminister mit 20 Mio. Euro veranschlagt.

Mit der **Grunderwerbsteuer** wird in Österreich der Kauf bzw. die Einbringung von Grund und Boden in eine Gesellschaft und dergleichen besteuert. Sie ist eine Verkehrssteuer, besteuert aber eigentlich den Aufbau von Vermögen. Sie wird als einzige Steuer auf Grund und Boden nicht nach dem Einheitswert bemessen, sondern nach „dem Wert der Gegenleistung“, also in der Regel dem Kaufpreis und beträgt im allgemeinen 3,5%, bei Erwerben zwischen nahen Angehörigen nur 2%, zuzüglich 1% Grundbuchseintragungsgebühr. Der für 2008 veranschlagte Ertrag wird vom Finanzminister mit 650 Mio. Euro geschätzt.

¹⁶¹ Hypo Investment Bank, S.14

¹⁶² OECD Revenue Statistics (2006)

¹⁶³ Vgl. ÖGPP: „2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich“, Wien, Jänner 2009, S.110

Der Ertrag aus der Besteuerung von Grund und Boden beträgt somit in Österreich jährlich etwa 1,2 Mrd. Euro. Gemessen am Grundvermögen in Österreich – 695 Mrd. Euro – beträgt die Grundbesteuerung damit nur etwa 0,2% p.a.

Steuerparadies Privatstiftungen

Ein wahres Steuerparadies sind die Privatstiftungen. Per 1.9.1993 wurden durch einen einstimmigen Beschluss des Nationalrates „Privatstiftungen“ ermöglicht. Bis dahin mussten Stiftungen in Österreich gemeinnützig und mildtätig sein, seither nicht mehr. Mittlerweile wurden nach Angaben des Forums Privatstiftungen Ende April 2008 3.114 Privatstiftungen gegründet. In diesen sind Vermögen (vor allem Unternehmensbeteiligungen, Wertpapiere und Immobilien) im Wert von – je nach Schätzung (offizielle Zahlen gibt es mit dem Hinweis auf Wahrung der Diskretion nicht) - bis zu 60 Mrd. Euro steuerschonend veranlagt. Auf eine Privatstiftung entfallen damit durchschnittlich Vermögen von etwa 20 Mio. Euro.

„Bei Vermögen von 5 bis 10 Millionen Euro empfiehlt sich im Laufe der Zeit die Errichtung einer österreichischen Privatstiftung“, rät die Studie des Liechtensteinischen Bankhauses, welche deren Vorteile für Reiche in besonderem Maße lobt und beschreibt. Denn *„Der Steuervorteil der Privatstiftung vergrößert sich, wenn der Umfang des Stiftungsvermögens zunimmt“*.¹⁶⁴ Während Einkommen aus Arbeit also progressiv besteuert wird, werden Einkommen aus Privatstiftungen in Österreich sogar degressiv besteuert: je mehr Vermögen, desto weniger Steuern sind zu zahlen.

Die Beliebtheit der Privatstiftungen erklärt sich aus ihren *„erheblichen steuerlichen Erleichterungen“*.¹⁶⁵ Völlig steuerfrei sind Dividenden aus in- und ausländischen Aktien, die direkt oder in österreichischen Fonds gehalten werden. Völlig steuerfrei sind auch alle Einkünfte aus Kursgewinnen von Anleihen sowie Einkünfte aus Kursgewinnen direkt gehaltener Aktien. Auch *„Die Erbschaftssteuervorteile der österreichischen Privatstiftung sind beträchtlich“*, meint die Bank-Studie: sie beträgt nur ein Drittel des sonst üblichen Maßes.¹⁶⁶ Nach dem Tod des Stifters fällt auf die Gesamtdauer einer Stiftung – das können bis zu 200 Jahre sein – keinerlei weitere Erbschaftsteuer mehr an. Hat schon die Steuerreform 2005 die Steuerprivilegien der Privatstiftungen in Österreich vergrößert, so erfolgte dies auch durch den Wegfall der Schenkungssteuer. So wurden die 5% vom Vermögen, die als Eingangssteuer bei Gründung der Stiftung zu zahlen war und eine Form der Schenkungssteuer war, 2008 auf 2,5% halbiert. Die Privatstiftungen haben daher den Reichtum in Österreich vergrößert. Für die Gründung einer Privatstiftung sind meist sehr persönliche Motive ausschlaggebend:

¹⁶⁴ Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“

¹⁶⁵ wie oben, S.11

¹⁶⁶ wie oben, S.16

Sehr oft wird als „Stiftungszweck“ schlicht die Versorgung des Stifters oder seiner Nachkommen angegeben. Ein anderes beliebtes Motiv ist, Erbstreitereien unter Nachkommen zu verhindern und das Vermögen vor dem Zugriff von Gläubigern und der Finanz zu schützen. Zu den großen Stiftern gehören in Österreich der alte Adel, große Unternehmerfamilien, Medienzare und Politikerfamilien, weshalb es auch keine öffentliche Diskussion über die Abschaffung dieser Steuerprivilegien gibt.

4. Steuerrückstände und Steuerhinterziehung

Die Summe der Steuerrückstände ist in den Jahren 2002 bis 2006 laut einem Bericht des Rechnungshofes um 9,1% gestiegen. Danach betrug Ende 2006 der gesamte Abgabenrückstand in Österreich mehr als 6,6 Mrd. Euro, davon waren knapp 1,8 Mrd. Euro auch vollstreckbar.

Vorgeschrieben Steuern mit Verzögerung zu bezahlen hat seine Ursache häufig in Liquiditätsproblemen. Sie aber überhaupt nicht zahlen zu wollen, ist eine Möglichkeit, individuelles Einkommen und Vermögen auf riskante und illegale Weise zu erhöhen. Dass Steuerhinterziehung in Österreich ein Problem ist, bewies die Debatte um eine „Steueramnestie“ im Zuge der Steuerreform 2005.

Allein im Jahr 2001 wurden durch Umsatzsteuer-Sonderprüfungen 1,34 Mrd. Euro an hinterzogenen Steuern entdeckt, wobei das Finanzministerium die hinterzogene Summe auf 3 bis 5 Mrd. Euro schätzte.¹⁶⁷ Die alljährliche Schätzung der Schwarzarbeit in Österreich durch den Linzer Universitätsprofessor Friedrich Schneider ergab für 2007 einen Betrag von 20,8 Mrd. Euro, wodurch dem Staat etwa 2 bis 2,5 Mrd. Euro an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen entgehen würden.¹⁶⁸

Zusammenfassend ist festzustellen: Erwerbseinkommen haben im Wege von Steuern und Sozialabgaben ungleich höhere Beiträge zum Allgemeinwohl zu leisten als Vermögen. Die Höhe der Einkommen und ihrer Besteuerung entscheidet allerdings wesentlich über die Möglichkeit zur Vermögensbildung. Ist Vermögen einmal vorhanden oder gebildet, entzieht es sich in Österreich fast vollständig steuerlicher Beiträge zum Allgemeinwohl. Die Steuerlasten liegen einseitig auf den Erwerbseinkommen und ihrer Verwendung. 93% der Steuern des Bundes kommen in Österreich von den Einkommen und ihrer Verwendung, nur 5% von den Vermögen.

¹⁶⁷ APA0276, 21.1.2008

¹⁶⁸ Presseaussendung APA0415 vom 21.5.2008

Zusammenfassung

- 2006 war die Armutsgefährdung in Tirol mit 10% die zweitniedrigste aller Bundesländer. Insgesamt waren etwa 70.000 Menschen in Tirol armutsgefährdet.
- Die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte hat zugenommen. 31% aller Beschäftigungsverhältnisse waren zuletzt (2007) in Tirol nicht ganzjährig. Nur noch 52% aller Beschäftigungen waren 2007 „Normalarbeitsplätze“, also ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen. Die Zunahme neuer Erwerbsformen mit geringerer sozialer Absicherung und vermindertem Einkommen führt zudem dazu, dass 16.800 TirolerInnen wegen nicht ganzjähriger Beschäftigung armutsgefährdet waren. Gleichzeitig liegt das durchschnittliche Nettojahreseinkommen der Tirolerinnen und Tiroler um 6 bis 7% unter dem durchschnittlichen österreichischen Einkommen. 16% der Erwerbstätigen in Tirol hatten weniger als 1.000 Euro Bruttoeinkommen im Monat. 36.000 konnten als „working poor“ klassifiziert werden. Denn trotz Erwerbstätigkeit sind sie von Armutsgefährdung und Armut betroffen.
- Durchschnittlich über 1.900 Haushalte waren 2007 aufgrund von Arbeitslosigkeit eines Familienmitgliedes armutsgefährdet. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld und auch die durchschnittliche Notstandshilfe liegen auch in Tirol unter der Armutsgefährdungsgrenze.
- Bildung verringert das Armutsrisiko. In Tirol gibt es überdurchschnittlich viele Menschen mit nur Pflichtschulabschluss, aber weniger mit höheren Bildungsabschlüssen.
- Die durchschnittlichen Pensionen liegen in Tirol unter dem Bundesdurchschnitt. Rund 21.200 PensionistInnen in Tirol sind armutsgefährdet, weil ihre Pensionen auch unter der Armutsgefährdungsgrenze liegen. 69% davon sind Frauen.
- Behinderung und Pflegebedarf erhöhen das Armutsrisiko. Die Inanspruchnahme des Bundespflegegeldes lag in Tirol unter dem Bundesdurchschnitt, die des Landespflegegeldes entsprach dem österreichischen Durchschnitt, dennoch werden der Großteil der Pflegeleistungen durch Angehörige erbracht (Studien sprechen von bis zu 90%), wodurch vor allem Frauen ihre Erwerbstätigkeit einschränken (müssen). Die Verdoppelung älterer, pflegebedürftiger Menschen (über 80) bis 2030 wird das Problem weiter verschärfen.
- Über ein Viertel der MigrantInnen ist armutsgefährdet. Niedrige Ausbildungsniveaus und Sprachprobleme sind eine wesentliche Ursache, dass MigrantInnen oft nur schlecht bezahlte Anstellungen bekommen. Zudem wird die Hausarbeit und Kindererziehung zumeist den Frauen zugeteilt, was zu einer geringen Erwerbsbeteiligung führt. In Tirol leben über 21.700 MigrantInnen und Eingebürgerte, die armutsgefährdet sind.
- Nur 49% der Vorschulkinder sind in Tirol in Kinderbetreuungseinrichtungen untergebracht. Vor allem für die Mütter bedeutet das oft eine Einschränkung ihrer Erwerbstätigkeit. In Tirol leben schätzungsweise mehr als 31.700 Erwachsene und Kinder in Alleiner-

zieherhaushalten oder Familien mit 3 und mehr Kindern in armutsgefährdeten Haushalten. 19.800 Kinder und Jugendliche in Tirol leben in armutsgefährdeten Haushalten.

- Armutsgefährdung und Armut haben Auswirkungen auf die Gesundheit und die Möglichkeit der sozialen Teilhabe. Gleichzeitig wird Armut vererbt, wer als Kind betroffen ist, wird unter anderem durch die soziale Selektivität des Bildungssystems mit höherer Wahrscheinlichkeit auch als Erwachsener davon betroffen sein.
- Fast ein Drittel aller Einkommen in Tirol kommen aus Sozialleistungen (11% aller Einkommen) und Pensionen (20% aller Einkommen). Für 191.000 Tirolerinnen und Tiroler (27% der Bevölkerung) sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle. Ohne die Sozialleistungen und Pensionen wären nicht 70.000, sondern 166.000 Tirolerinnen und Tiroler (24% der Bevölkerung) armutsgefährdet bzw. arm. 70.000 TirolerInnen sind dennoch armutsgefährdet, weil die Erwerbseinkommen oder die diversen Sozial- und Sozialversicherungsleistungen nicht ausreichend Einkommen sichern.
- Die durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben in Tirol sind die dritthöchsten aller Bundesländer. Überdurchschnittlich waren in Tirol vor allem die Ausgaben für Wohnen und Energie.
- Die Ver- und Überschuldung privater Haushalte stellt auch in Tirol ein wachsendes Problem dar.
- Reichtum nimmt auch in Tirol zu: die Zahl der Menschen mit hohem Einkommen in Tirol (unselbständig und selbständig Erwerbstätige sowie PensionistInnen) ist von 30.100 im Jahr 2002 auf 45.500 im Jahr 2007 gestiegen. Das war eine Zunahme um mehr als 15.400 bzw. 51%, was dem Bundesdurchschnitt entspricht. 5.600 von ihnen sind sogar „einkommensreich“.
- In Tirol waren 2007 Geldvermögen von schätzungsweise 36,2 Mrd. Euro bei privaten Haushalten und Organisationen sowie weitere 23,3 Mrd. Euro in Unternehmen vorhanden. Schätzungsweise 6.650 Personen hatten Geldvermögen von mehr als 1 Million Dollar.
- Das Betriebsvermögen der Wirtschaft war auf zumindest 11,3 Mrd. Euro zu schätzen, das Vermögen der Land- und Forstwirtschaft auf 42,4 Euro, das Gebrauchsvermögen in Form von Wohnungen auf 32,7 Mrd. Euro, jenes in Form von Kfz auf 1,83 Mrd. Euro.
- Die Besteuerung von Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Besteuerung der Einkommensverwendung und schließlich die Besteuerung von Vermögen hat einen entscheidenden Einfluss auf die Verteilung, mehr aber noch auf das Wachstum von Einkommen und Vermögen somit auch auf das Entstehen von Armut und Reichtum. Auch in Tirol.

- Natürliche Personen haben in Tirol 2006 als ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen an Lohnsteuer etwa 1,46 Mrd. Euro bezahlt, als Selbständige an Einkommensteuer etwa 447 Mio. Euro und schätzungsweise an Kapitalertragsteuer für Zinsen 43,5 Mio. Euro. Das waren zusammen 1,95 Mrd. Euro. Juristische Personen haben in Tirol 2004 rd. 327 Mio. Euro an Körperschaftssteuer und schätzungsweise weitere 28 Mio. Euro an Kapitalertragssteuer bezahlen, das waren zusammen 355 Mio. Euro.
- Zudem zahlt die Tiroler Bevölkerung jährlich etwa 2,7 Mrd. Euro an Umsatz-, Verkehrs- und Verbrauchssteuern.
- Demgegenüber entrichten die Geldvermögen der Privaten Haushalte, Organisationen und Unternehmen in Tirol – zusammen schätzungsweise 59,5 Mrd. Euro – jährlich nur 71 Mio. Euro an Vermögenssteuern.

Quellenverzeichnis

AK Wien: Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich, Wien 1997

AMS: Arbeitsmarktdaten (auf www.ams.at)

BMAS: Lebenslagen in Deutschland – Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht, März 2005

Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Bericht zur sozialen Lage 2001/2002, Wien 2002

Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Bericht zur sozialen Lage 2003/2004, Wien, Februar 2005

Claudia Nemeth, Elisabeth Pochobradsky: Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung, Wien 2004

Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen

Hypo Investmentbank Liechtenstein: „Steuroptimaler Wohnsitz Deutschland, Österreich, Schweiz – Eine vergleichende Analyse“, April 2002

Kommunalkredit, Statistik Austria: Gemeindefinanzbereich 2005, Wien 2005

Kreditschutzverband: Insolvenzstatistik 2007, Wien, Jänner 2008

Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG): Soziale Ungleichheit und Gesundheit, Wien 2002

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, Wien, August 2004

Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP): Vermögensbesteuerung – ein internationaler Vergleich, Wien 2008

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2004 (EU-SILC), Wien, März 2006

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2005 (EU-SILC), Wien, April 2007

Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen 2006 (EU-SILC), Wien, März 2008

Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2002, Wien 2005

Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2005, Wien 2008

Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik 2007 – Ergebnisse des Mikrozensus, Wien 2008

Statistik Austria: Gebäude- und Wohnungszählung 2001 – Hauptergebnisse Tirol, Wien 2004

Statistik Austria: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege 2002, Wien 2003

Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2007/2008, Wien, Juni 2008

Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2000, Wien 2005

Statistik Austria: Körperschaftssteuerstatistik 2004, Wien 2008

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, Wien 2004

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2005, Wien 2006

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2006, Wien 2007

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, Wien 2008

Statistik Austria: Regionale Gesamtrechnungen

Statistik Austria: Sozialhilfestatistik 2006

Statistik Austria: Statistik der Kraftfahrzeuge – Bestand 31.12.2007, Wien 2008

Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2009

Statistik Austria: Verbrauchsausgaben 2004/05 – Hauptergebnisse der Konsumerhebung, Wien 2006

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse I – Tirol, Wien, März 2003

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Tirol, Wien, November 2004

Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1976 – 2006, Wien 2007

Statistik Austria: Wohnen 2007 – Ergebnisse der Wohnungserhebung im Mikrozensus Jahresdurchschnitt 2007, Wien 2008

Statistik Austria: Wohnsituation der Bevölkerung – Ergebnisse der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 2001, Wien 2006

Verlagsgruppe News: trend. Das österreichische Wirtschaftsmagazin, Ausgabe 7/2008

Wirtschaftskammer Österreich: Immobilienpreisspiegel 2008

Onlinequellen:

www.at.capgemini.com

www.epp.eurostat.ec.europa.eu

www.oenb.at

www.sozialversicherung.at

www.statistik.at

Die ÖGPP ...

Die „**Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung**“ (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Erste Anerkennung erwarb sich die ÖGPP mit der Aufarbeitung und kompakten Darstellung der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU 25 sowie auch der Wahlsysteme in der EU 27. 2004 fand vor allem der erste „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ Beachtung. Es folgten etliche weitere Arbeiten zur Armut in den Bundesländern. Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind Wirtschaft, Staat, Bildung und Europa. 2008 erfolgte die Präsentation eines internationalen Vermögenssteuervergleichs, 2009 wurde der „2. Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ vorgestellt.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.

AutorInnen der Studie „Armut und Reichtum in Tirol“:

Dr. Andreas Höferl, Generalsekretär und wiss. Leiter der ÖGPP

Barbara Hauenschild, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP

Susanne Halmer, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP